

„Für ein soziales, freies und gerechtes Europa“



Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord in Korbach

Samstag, 30.03.2019 ab 14.30 Uhr:

Jugendherberge Korbach

Sonntag, 31.03.2019 ab 9.45 Uhr:

Bürgerhaus Korbach



ANTRAGSSPIEGEL – Angenommene Anträge

L Leitantrag und Europa

- | | | |
|-----|--|--------------------------|
| L 1 | Europa einen, nicht teilen! | Bezirksvorstand |
| L 2 | Europäische Datensteuer einführen | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| L 3 | Gemeinsame europäische Außenpolitik
und europäische Armee | Unterbezirk Schwalm-Eder |

RSI Recht, Sicherheit, Inneres und Wahlen

- | | | |
|-------|--|--------------------------------|
| RSI 1 | Paritätische Wahllisten | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| RSI 3 | Bürgerbegehren reformieren | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| RSI 4 | My body, my choice-Frauen informieren
§ 219 a StGB abschaffen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| RSI 5 | Veröffentlichung von Wahlprognosen
vor Wahlen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| RSI 6 | Her mit dem ganzen Leben-den 8. März zum
gesetzlichen Feiertag in Hessen machen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

B Bildung

- | | | |
|-----|---|--------------------------------|
| B 1 | Psychologie in allgemeinbildenden
Schulen | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| B 2 | Thema Nachhaltigkeit mehr in Bildung
integrieren | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| B 4 | Stärkung der demokratischen Bildung
im Schulwesen | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| B 5 | Bildung 4.0.: Digitalkompetenz von
Lehrkräften sichern | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| B 6 | Kostenloses Schülerticket Hessen für
alle Schüler*innen und Auszubildende | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| B 8 | NS-Aufarbeitung in Ausbildungen von
Soldat*innen und Polizist*innen
integrieren | Bezirksvorstand |

AS Arbeit und Soziales

- | | | |
|------|---|--------------------------------|
| AS 1 | Aufwertung des FSJ und FÖJ sowie des
Bundesfreiwilligendienstes | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| AS 2 | Depressionen in die öffentliche Wahr-
nehmung bringen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| AS 3 | Übernahme der „Pille danach“ durch die
Krankenkassen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| AS 4 | Betriebsräte als Regel, nicht als Ausnahme | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| AS 5 | Reform des Vermögensfreibetrags beim
Bezug von SGB II-Leistungen | Bezirksvorstand |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord •
Antragsspiegel – Beschlussbuch**

- AS 6 Angleichung der Auszahlungszeitpunkte bei Sozial- und Versicherungsleistungen im Bundesgebiet Bezirksvorstand
- AS 7 Auch Entwicklungshelfer*innen werden Eltern-Einführung der Elternzeit im Entwicklungshelferentsendegesetz Bezirksvorstand

F Finanzen

- F 1 Starke Schultern müssen schwächere entlasten-Für ein gerechteres Steuersystem Bezirksvorstand

U Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz

- U 1 Wir fahr´n fahr´n fahr´n auf der Autobahn Unterbezirk Kassel-Stadt
- U 2 Virtuelles Wasser von Produkten kennzeichnen und Problembewusstsein schaffen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
- U 3 Solidarität mit „fridays for future“ Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
- U 4 Verbesserung der Verzahnung des Öffentlichen Personennahverkehrs Unterbezirk Schwalm-Eder

O Organisation und Satzung

- O 6 Wir setzen uns für den Erhalt der SPD-Bezirke und der Bezirke der Arbeitsgemeinschaften in der SPD ein Bezirksvorstand

G Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

- G 1 Antifeminismus bekämpfen, Patriarchat zerschlagen Bezirksvorstand

ANTRAGSSPIEGEL – Anträge zum Bezirksausschuss

O Organisation und Satzung

- O 1 Rotationsprinzip bei Delegierten-aufstellungen Unterbezirk Kassel-Stadt

D Digitales und Datenschutz

- D 1 Werbethemen von Facebook demokratisieren Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
- D 3 Für einen freien Internetzugang und Meinungsfreiheit im Netz Unterbezirk Schwalm-Eder

Int Internationales

- Int 1 Konsequente Unterbindung von Rüstungs-
exporten an unmittelbar am Jemen-Krieg
beteiligte Staaten Unterbezirk Kassel-Stadt

INI Initiativanträge

- Ini 1 Zivilgesellschaftliches Engagement von
gemeinnützigen Vereinen stärken Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Änderungsantrag zu Antrag: **L1 Neufassung**

Antragsteller: Bezirksvorstand

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Die EU wurde als wirtschaftliche Vereinigung gegründet. Als diese funktioniert sie. Mit all den
4 Problemen, die in einer Vereinigung auf rechtlicher Basis auf solchem Niveau entstehen, hat die
5 EU dennoch gezeigt, dass sie die gesetzten Ziele erreicht.

6 Durch die europäische Union ist seit mehreren Jahrzehnten der europäische Frieden gesichert
7 – ein Umstand, den es so noch nie in der Weltgeschichte über einen so langen Zeitraum
8 gegeben hat. Der Handel zwischen den Staaten, sowie das Arbeiten und das freie Reisen für
9 alle EU-Bürger*innen hat geholfen, für mehr Völkerverständigung und wirtschaftlichen
10 Wachstum zu sorgen. Sie schützt die Kulturstätten der einzelnen Mitgliedsstaaten effizienter als
11 jede nationale Vereinigung und hilft schwach entwickelten Regionen, sich besser und schneller
12 zu entwickeln. Die europäische Union ist eine positive Entwicklung in die richtige Richtung,
13 doch wir wollen mehr.

14 Für uns ist Europa mehr als nur eine geografische Zone oder eine lose Wirtschaftsunion aus
15 den dort beheimateten Nationen. Es ist ein Projekt des Friedens, der Freiheit und der
16 Gemeinsamkeiten, nicht des Streits, der Grenzen oder der Unterschiede. Wir sehen in Europa
17 die Chance, Wohlstand und Solidarität für jede*n zu erlangen, anstatt die Nationalstaaten
18 gegeneinander auszuspielen und die Einzelinteressen zu stärken. Europa ist das Befördern von
19 großen Ideen für die Zukunft, nicht für die Kleingeisterei der Vergangenheit. Europa kann sehr
20 viel mehr. In den vergangenen Jahren haben wir unserer Liebe zu Europa und den
21 europäischen Werten mit zahlreichen Anträgen Ausdruck verliehen. Wir wollen die europäische
22 Idee weiterführen, wir wollen auf die Errungenschaften früherer Generationen aufbauen und
23 weiterentwickeln, deswegen fordern wir die Einigung der Staaten Europas und die
24 Weiterentwicklung der europäischen Union zu einem europäischen, demokratischen Staat in
25 einem föderalistischen System. Dabei muss die SPD voran gehen mit dieser Idee, anstatt
26 immer den Argumenten hinterherzuhängen. Anstatt den Argumentationen gegen ein geeintes
27 Europa hinterherzurennen, muss die SPD Argumente für ein geeintes Europa vorleben – denn
28 ein geeintes Europa heißt Freiheit, Gleichheit und Solidarität für alle Bürger*innen Europas. Die
29 veränderte Sicherheitslage außerhalb Europas hat sich in den vergangenen Jahren massiv
30 verschärft und unsere Werte eines geeinten Europas geprägt. Europa ist jeden Tag, nicht nur
31 zur Europawahl. Aus diesem Grund wird der Bezirksvorstand beauftragt eine Arbeitsgruppe
32 Europa einzurichten. Hier sollen konkrete, mutige und visionäre Ideen für ein Europa von
33 Morgen entwickelt werden. Die Ergebnisse sollen in einem umfassenden und fundierten Antrag
34 für die nächste Bezirkskonferenz niedergeschrieben und unserer Europaabgeordneten ins
35 europäische Parlament mitgegeben werden. Es wird Zeit, dass wir das Europa von Morgen
36 gestalten, denn wir sind diejenigen die in einem Europa von Morgen leben werden.
37

38 **Begründung:**
39 Erfolgt mündlich!

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: L 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, Juso-Bundeskongress

Betr.: Europäische Datensteuer einführen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die Erarbeitung und Implementierung eines europäischen Besteuerungskonzepts
4 auf das Verarbeiten von personenbezogenen Daten zu kommerziellen Zwecken.

5
6 **Begründung:**

7 Die Marktwirtschaft besteht schon lange nicht mehr nur aus den „klassischen“
8 Geschäftsmodellen der Produktions- oder Dienstleistungsunternehmen. Mittlerweile gehören
9 Digitalisierungsriesen wie z.B. Amazon, Facebook oder Google zu den größten und
10 einflussreichsten Konzernen auf der Welt.

11 Facebook hat im Jahr 2017 allein einen Nettogewinn von fast 16 Milliarden US-Dollar
12 eingefahren. Eine Grundlage für die horrenden Gewinne stellt jeder einzelne Nutzer der
13 besagten Plattformen zur Verfügung: die eigenen personenbezogenen Daten. Facebook
14 könnte ohne diese Daten keine personalisierten Werbeanzeigen schalten und somit auch nicht
15 seine entgeltlichen Werbedienste für Unternehmen usw. anbieten. Amazon könnte den Nutzern
16 keine personalisierten Angebote anzeigen und darüber hinaus das Kaufverhalten und die
17 Interessen der einzelnen Nutzer nicht analysieren, um die Plattform gewinnmaximierend
18 anzupassen bzw. zu optimieren. Diese Beispiele sind auf nahezu alle ähnlich aufgestellten
19 Konzerne übertragbar und zeigen, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten
20 mittlerweile in einigen Branchen einen essentiellen Bestandteil an der Wertschöpfung der
21 Konzerne ausmacht. Eine Besteuerung von Erträgen, die zum Großteil durch die Verarbeitung
22 der personenbezogenen von Nutzern, also Bürgerinnen und Bürgern, überhaupt erst ermöglicht
23 werden, ist eine grundsätzliche Frage der Gerechtigkeit. Durch die besagte Besteuerung kann
24 sichergestellt werden, dass der Anteil der Bürgerinnen und Bürger an den Erträgen der
25 beispielhaft genannten Konzerne, in angemessener Art und Weise zu den Bürgerinnen und
26 Bürgern in Form von Investitionen der EU zurückfließt.

27 Des Weiteren kann die Umsetzung eines Besteuerungskonzepts für die Verarbeitung von
28 personenbezogenen Daten für kommerzielle Zwecke dafür sorgen, dass im Rahmen der
29 digitalen Marktwirtschaft ein restriktiverer Umgang mit personenbezogenen Daten folgt.
30 Generell gilt: Je mehr Daten über sich selbst verarbeitet werden, desto stärker kann sich diese
31 auf die Wahrnehmung der eigenen Rechte und Freiheiten auswirken. Eine Person, die weiß,
32 dass sie videoüberwacht wird verhält sich unter Umständen anders als wenn sie nicht
33 überwacht werden würde. Eine Person, die weiß, dass ihre politischen Äußerungen in sozialen
34 Netzwerken gespeichert werden, unterlässt unter Umständen das Kundtun der eigenen
35 politischen Meinung. Eine restriktivere Handhabung von Verarbeitungen von personenbezogenen
36 Daten ist folglich notwendig, um unter Umständen Einschränkungen von Grundrechten, wie die
37 Meinungsfreiheit zu verhindern oder dem zumindest entgegenzuwirken. Gleichermaßen ist das
38 Ziel der „Datenminimierung“ bereits als ein Grundsatz für die Verarbeitung von
39 personenbezogenen Daten in Art. 6 Abs. lit. c DSGVO durch den europäischen Gesetzgeber
40 festgehalten worden.

41 Zusammengefasst eignet sich eine Umsetzung eines europäischen Besteuerungskonzepts für
42 die Verarbeitung von personenbezogene Daten für kommerzielle Zwecke zum einen als
43 Finanzierungsmittel für Investitionsinitiativen der Europäischen Union und gleichermaßen als
44 Steuerungsmittel gegenüber den verarbeitenden Unternehmen und Konzernen.

45

46

47 angenommen

48 abgelehnt

49 überwiesen an

50

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: L 3

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europaparlament

Betr.: Gemeinsame europäische Außenpolitik und europäische Armee

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern die Schaffung eines echten, vom europäischen Parlament gewählten, europäischen

4 Außenministers, welcher gemeinsam mit den nationalen Außenministern Europa eine Stimme

5 in der Welt geben soll. Er soll sich auf diplomatischen Wegen für Frieden in der Welt einsetzen

6 und die EU bei den Vereinten Nationen (UN) vertreten. Des Weiteren soll mit einer

7 gemeinsamen Europäischen Außenpolitik darauf hingewirkt werden, dass die EU einen

8 ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhält.

9

10 **Begründung:**

11 Erfolgt mündlich.

12

13 angenommen

14 abgelehnt

15 überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: RSI 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, Juso-Bundeskongress

Betr.: Paritätische Wahllisten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die Wahlgesetze so zu ändern, dass die Wahllisten aller Parteien auf kommunaler
4 Ebene, auf Landes-, Bundes- und Europaebene paritätisch besetzt werden müssen.

5
6
7 **Begründung:**

8 Seit Jahren nimmt die Diskussion über die anhaltende Unterrepräsentanz von
9 Parlamentarierinnen und ein immer noch fehlendes paritätisches Wahlrecht in Deutschland
10 immer stärker zu – insb. unter Juristinnen. Sie halten aufgrund eigener Sachkompetenz die
11 herrschenden Verhältnisse in den Parlamenten für verfassungswidrig, weil die weibliche
12 Bevölkerungsmehrheit mit ihren Perspektiven und Interessen nicht angemessen in den
13 Parlamenten repräsentiert und „gespiegelt“ wird. Daher fehle der Mehrheit des Volkes (51%
14 Frauen) die Möglichkeit, auf staatliche Entscheidungen „effektiv Einfluss“ zu nehmen. Hier zeigt
15 sich ein verfassungsrechtliches Problem. Denn die „effektive Einflussnahme“ des (Wahl-
16)Volkes ist laut BVerfG erforderlich, um die demokratische Legitimation zwischen Bürgerinnen,
17 Bürgern und Staatsgewalt zu vermitteln – anderenfalls fehlt den Herrschenden die
18 demokratische Legitimation.

19 1. Die Parité-Diskussion (Parität; Gleichheit) ist nicht neu, sie ist mindestens so alt wie die
20 Bundesrepublik Deutschland – seit Dr. Elisabeth Selbert (SPD) für das Grundrecht der
21 Gleichberechtigung von Frauen und Männern 1948/49 im Parlamentarischen Rat stritt, dem
22 fast nur Männer angehörten, die über die Gleichberechtigung von Frauen befinden und Art. 3
23 Abs. 2 GG vereiteln wollten. Sie schafften es nicht, weil sich die „einfachen Frauen“ im
24 Nachkriegsdeutschland ihnen entgegenstellten und gleichberechtigte gesellschaftspolitische
25 Mitsprache in der Lebenswirklichkeit einforderten. Daher zielte Art. 3 Abs. 2 GG von Anfang an
26 gerade auch auf Sicherung der gleichberechtigten politischen Teilhabe aller Frauen in der
27 neuen parlamentarischen Demokratie. Diese fehlt bis heute. Daher sehen zahlreiche
28 Juristinnen und auch Juristen nun die Gesetzgebung in der Pflicht, ein paritätisches Wahlrecht
29 zu schaffen. Denn: Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigte Gesetzgebung
30 – und keine gleichberechtigte Gesellschaft. Gesetzliche Paritéregelungen gelten bereits in acht
31 EU-Mitgliedstaaten: Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und
32 Griechenland.

33 2. Vorbildfunktion kommt nicht nur aus Sicht der EU-Kommission dem französischen Parité-
34 Gesetz zu. Bayerische Juristinnen wollen nun selbst tätig werden, um Parité-Veränderungen
35 bewusst anzustoßen. Im März 2014 gründeten sie in München das „Aktionsbündnis Parité in
36 den Parlamenten“, das nicht nur das Wahlrecht in Bayern für reformbedürftig hält. Das
37 Aktionsbündnis plant für 2016 eine Popularklage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof,
38 um das nicht-paritätische Wahlrecht im Freistaat auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen
39 zu lassen.

40 3. Davon könnte eine Signalwirkung für das ganze Bundesgebiet ausgehen. „Parité in den
41 Parlamenten“ gehört angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt,
42 Rheinland-Pfalz, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg sowie der
43 Bundestagswahl 2017 auf die rechtspolitische Agenda – on top!

44

45

46

47

48 angenommen

49 abgelehnt

50 überwiesen an

51

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: RSI 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, Juso-Landeskonferenz

Betr.: Bürgerbegehren reformieren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die Hessische Gemeindeordnung soll so geändert werden, dass die Initiator*innen eines
4 Bürgerbegehrens bereits bei 1/10 der notwendigen Stimmen eine Zulässigkeitsprüfung
5 einfordern können. Bei kleineren Beanstandungen soll das Begehren weiterlaufen und
6 angepasst werden. Die bereits gesammelten Stimmen sollen weiterzählen. Bei größeren
7 Beanstandungen müssen die Initiator*innen jedoch von vorne mit der Unterschriftensammlung
8 beginnen.

9
10
11 **Begründung:**
12 Die aktuelle Vorgehensweise bei Bürgerbegehren erzeugt unnötigen Frust. Das bekommen wir
13 besser hin.

- 14
15
16 angenommen
17 abgelehnt
18 überwiesen an
19

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: RSI 4

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: My body, my choice – Frauen* informieren § 219 a StGB abschaffen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern:

- 4 • dass sich die SPD dafür einsetzt, dass Hessen im Bundesrat die von Berlin
5 angestoßene Abschaffung des Paragraphen 219a StGB unterstützt sowie
- 6 • in der SPD auf Bundesebene ebenfalls die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB
7 vorantreibt und sich nicht mit dem durch die Große Koalition beschlossenen Gesetz, der
8 die Situation für Ärzt*innen sowie Betroffene wenig bis gar nicht verbessert, zufrieden
9 gibt.

10 **Begründung:**

11 In der Debatte um den Paragraphen 219a StGB hat sich auch gezeigt, wie schwierig es für
12 betroffene Frauen ist, Ärzt*innen zu finden, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.
13 Gleichzeitig werden Ärzt*innen, die angeben Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, häufig
14 bedroht oder gar verklagt. Eine vom Land zur Verfügung gestellte Auflistung, wie sie bereits
15 seit längerem in Berlin und Hamburg existiert, schützt Ärzt*innen und schafft für Betroffene
16 einen einfachen Zugang zu Informationen.

17

18 Der unlängst vorgestellte Kompromiss von Union und SPD belässt den Paragraphen im
19 Strafgesetzbuch und kriminalisiert weiterhin Ärzt*innen, die Abbrüche vornehmen und über
20 diese auch ausführlich informieren. Eine reine Tatsachenangabe erachten wir als nicht
21 ausreichend, da sie Betroffene nicht umfänglich informieren kann.

22

23 Generell suggeriert ein sogenanntes „Werbeverbot“, dass es sich bei
24 Schwangerschaftsabbrüchen nicht um medizinische Eingriffe, sondern um attraktive Leistungen
25 handelt. Das dahinter stehende Frauen*bild spricht Frauen* die Selbstbestimmung über ihre
26 Körper, sowie die Fähigkeit einer selbstständigen Entscheidung, die sich der Konsequenzen
27 bewusst ist, ab. Wer sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung ernst nimmt, muss auch
28 weiterhin sagen: #wegmit219a!

29

30

- 31 angenommen
- 32 abgelehnt
- 33 überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: RSI 5

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Veröffentlichung von Wahlprognosen vor Wahlen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die Freiheit und Gleichheit der Wahl i. S. d. Art. 38 I 1 GG ist bedroht, wenn unmittelbar vor der
4 Wahl Prognosen über deren Ausgang veröffentlicht werden. Daher fordern wir, die
5 Veröffentlichung von Wahlprognosen nach Definition des Wissenschaftlichen Dienstes (Quelle:
6 Ausarbeitung WD 3 – 3000 – 058/18, S.4) vor der Wahl für einen angemessenen Zeitraum, der
7 vom wissenschaftlichen Dienst erarbeitet werden soll, zu befristen.

8
9 **Begründung:**

10 Die politisch-publizistische Debatte über eine solche Regulierung hat in den letzten Jahren
11 erheblich an Fahrt gewonnen. Vor der Bundestagswahl 2013 brach das ZDF die über
12 Jahrzehnte geltende Tradition der öffentlich-rechtlichen Sender, keine Umfragen zehn Tage vor
13 der Wahl zu veröffentlichen: Drei Tage vor der Wahl veröffentlichte der Sender ein
14 „Politikbarometer“ und stieß damit auf massive Kritik.¹ Mittlerweile werden fast von allen großen
15 Meinungsforschungsinstituten (Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen und
16 GMS) noch bis zu zwei (bzw. bei letzteren beiden drei) Tage vor der Wahl Prognosen
17 veröffentlicht.²

18 Verboten ist derzeit gem. § 32 II BWahlG lediglich die Veröffentlichung von
19 Wähler*innenbefragungen am Wahltag von der Öffnung bis zur Schließung der Wahllokale um
20 18 Uhr. Verfassungsrechtlicher Hintergrund ist der in Art. 38 I 1 GG garantierte Grundsatz der
21 Gleichheit der Wahl: Wenn am Vormittag ohne Kenntnis der Umfrageergebnisse und am
22 Nachmittag mit entsprechendem Informationshintergrund gewählt würde, ist die
23 Stimmenabgabe unter ungleichen Bedingungen erfolgt.³ Angesichts steigender Zahlen von
24 Wähler*innen, die ihre Stimmenabgabe per Briefwahl vornehmen (zuletzt 28,6 %)⁴, werden
25 immer mehr Stimmen unter ungleichen Bedingungen abgegeben.⁵

26 Weiterhin ungeklärt ist, wie sich solche Veröffentlichungen auf die Wahlentscheidungen der
27 Bürger*innen auswirken. Über den Einfluss von Wahlprognosen gibt es viele Theorien und
28 Hypothesen, denen aber zumindest im Hinblick auf deutsche Wahlen noch keine belastbaren

¹ S. etwa *Hoffmann, Hanna*: Beeinflussen veröffentlichte Umfrageergebnisse die Wählerschaft?, in: T. Faas/D. Molthagen/T. Mörschel, *Demokratie und Demoskopie*, S. 97, 2017

² <http://www.wahlrecht.de/umfragen/archiv/2017.htm>.

³ *Trute, Hans-Heinrich*, in: v. Münch/Kunig, *GG Kommentar*, Art. 38, Rn 49.

⁴ Der Bundeswahlleiter (2017), *Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler bei den Bundestagswahlen 1994 bis*

2017 nach Ländern (auf Grundlage des amtlichen Endergebnisses), https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/b4aeabb8-7fac-473e-8581-cd718cb7a007/BTW_ab94_briefwahl.pdf.

⁵ *Hahlen*, in: Schreiber, *Kommentar zum BWahlG*, 10. Auflage, § 32 Rn 7.

29 empirischen Belege zugrunde gelegt werden können.⁶ Studien in Kanada 1988⁷ und Dänemark
30 2015⁸ deuten darauf hin, dass Wähler*innen tendenziell weniger dazu neigten Parteien zu
31 wählen, die in Umfragen schlechter abschnitten. In Dänemark wurde ebenfalls der gegenteilige
32 Effekt beobachtet, dass Parteien von guten Umfragen letztlich auch in der Wahl profitieren. Die
33 „Bandwagonhypothese“ geht insoweit davon aus, dass Menschen grundsätzlich lieber auf der
34 Seite der Sieger*innen einer Wahl stehen.⁹ Auch wenn die Auswirkungen auf die deutschen
35 Wahlen bisher ungeklärt sind, ist die Manipulationsgefahr in den letzten Jahren angesichts von
36 Hackerangriffen und Fake-News Kampagnen sichtlich gewachsen.
37 Eine Ausdehnung des Veröffentlichungsverbots des § 32 Abs. 2 BWahlG wäre geeignet,
38 diesen Gefahren entgegenzuwirken. Die damit verbundenen Grundrechtseingriffe in die
39 Meinungs-, die Informations-, die Presse- und eventuell die Berufsfreiheit sind auch nach
40 Auffassung des wissenschaftlichen Dienstes verhältnismäßig.¹⁰
41 Die Kritik, „taktischen“ Wähler*innen würde die Informationslage entzogen, kann
42 entgegenhalten werden, dass auch sieben oder zehn Tage alte Umfragen „taktische“ Wahlen
43 nicht verhindern. Derzeit wird die substantielle Darstellung von Themen, Inhalten und
44 Kandidat*innen durch einen medial inszenierten Wettkampf (horse-race-Berichterstattung)
45 verdrängt, der Politik als Spiel mit Gewinner*innen und Verlierer*innen darstellt.
46 Das wichtigste subjektive Recht der Bürger*innen auf demokratische Teilhabe, das Wahlrecht,
47 muss angesichts der sich verändernden Umstände stärker geschützt werden. Dieser Antrag
48 möchte die Debatte über einen bewussteren Umgang mit Umfrageergebnissen im Rahmen der
49 politischen Meinungsbildung anstoßen.
50 Mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Betroffenheit wäre eine überparteiliche
51 Abstimmung/Lösung hinsichtlich der Ausgestaltung wünschenswert.

52
53

- 54 angenommen
55 abgelehnt
56 überwiesen an
57

⁶ Vgl. WD 1 - 3000 - 045/16, S. 4 ff.; WD 3 - 3000 - 058/18, S. 5.

⁷ Blais/Gidengil/Nevitte, Do Polls Influence the Vote?, in: Brady/Johnston, Capturing Campaign Effects, 2006, S. 263 (272).

⁸ Dahlgaard u.a., How are Voters Influenced by Opinion Polls? The Effect of Polls on Voting Behavior and Party Sympathy, World Political Science 2016, 28, http://www.kaspermhansen.eu/Work/wps_2016.pdf.

⁹ Hopmann, David Nicolas: Vom emotionalen Underdog zur bewussten Strategie: Wie Meinungsumfragen die Parteipräferenz der Wähler beeinflussen. In: T. Faas, Information – Wahrnehmung – Emotion, S. 53-54, 2010.

¹⁰ WD 3 - 3000 - 058/18, S. 8.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: RSI 6

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Landesparteitag

Betr.: Her mit dem ganzen Leben – den 8. März zum gesetzlichen
Feiertag in Hessen machen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Fraktion im hessischen Landtag möge sich dafür einsetzen, den 8. März – den
4 Internationalen Frauentag – in Hessen zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären.

5 Wir wollen dadurch eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Feiertage anregen und uns in
6 dieser eindeutig positionieren.

7

8

9

Begründung:

10 Seit 1975 ist der 8. März ein offiziell durch die Vereinten Nationen erklärter jährlicher Feiertag.

11 Er geht zurück auf die Forderung Clara Zetkins anlässlich der ersten Internationalen

12 Sozialistischen Frauenkonferenz 1907.

13 Im Jahr 2019, 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, hat das Land Berlin als erstes
14 deutsches Bundesland den 8. März zum Feiertag erklärt. Es zollt damit den Verdiensten von
15 Frauen* Anerkennung und Respekt.

16 Heute steht der 8. März ganz im Zeichen des Ziels, eine vollständige Gleichberechtigung der
17 Geschlechter zu erreichen. Er würdigt die hart erkämpften Erfolge der Frauenbewegung und
18 mahnt gleichzeitig an, dass auch weiterhin für die Gleichberechtigung der Frauen* gekämpft
19 werden muss.

20 Als gesetzlicher Feiertag schafft der 8. März, äquivalent etwa zum 1. Mai als Tag der Arbeit für
21 die Belange der abhängig Beschäftigten, Sichtbarkeit für die Anliegen von Frauen*.

22

23

24 angenommen

25 abgelehnt

26 überwiesen an

27

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

<u>Antrag:</u>	B 1
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Kassel Stadt
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, Juso-Landeskonferenz
<u>Betr.:</u>	Psychologie in allgemeinbildenden Schulen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 In Hessen soll sich in weiterführenden Schulen (ab dem 5. Schuljahr) mit psychologischen
4 Erkenntnissen beschäftigt werden. Dadurch sollen die Schüler*innen in der Lage sein bspw.
5 verschiedene Aspekte von Marketingstrategien und von Dynamiken in Gruppen zu reflektieren.
6 Darüber hinaus soll das Thema der psychischen Erkrankungen in der Wahrnehmung gestärkt
7 werden. Bei der Vermittlung der psychologischen Erkenntnisse sollen außerdem Erkenntnisse
8 aus dem Bereich der Erziehungswissenschaften sowie der sozialen Arbeit mit einbezogen
9 werden, um das gesamte soziale Verhalten der Schüler*innen zu stärken.

10
11 Es wird ausdrücklich davon abgesehen ein zusätzliches Unterrichtsfach für diese Thematik zu
12 schaffen. Vielmehr soll die Vermittlung dieses Wissens in Formaten von bspw. Projektwochen
13 stattfinden und in bestehende Unterrichtsfächer (z.B. Sport, Musik, Kochen, Biologie,
14 Klassenlehrer*innenstunden) integriert werden. Neben den Lehrer*innen sollen auch
15 Expert*innen aus den oben genannten Gebieten eingebunden werden.

16
17 Für die Ausarbeitung eines inhaltlichen und strukturgebenden Leitfadens kann sich an den
18 Lehrplänen anderer Bundesländer orientiert werden (bspw. Nordrhein-Westfalen). Zudem soll in
19 den Studienaufbau von Lehrer*innen im erziehungswissenschaftlichen Teil ein Schwerpunkt auf
20 psychologische Themen und Kompetenzen gelegt werden, damit für diese von Anfang an ein
21 Zugang sowie ein Grundwissen besteht.

22
23 **Begründung:**

24 Schule hat vor allem das Ziel Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten ein mündiges
25 Mitglied der Gesellschaft seinen zu dürfen und auf berufliche Werdegänge vorzubereiten. Ganz
26 gleich welchen Weg eine Person einnimmt führt kein Weg daran vorbei mit Eigenarten des
27 menschlichen Erlebens und Verhaltens konfrontiert zu werden und sich damit auseinander zu
28 setzen. Sei es mit der Dynamik von Gruppen, wie z.B. Prozesse der Abgrenzung und
29 Konformität mit sozialen Normen, oder mit den psychologischen Strategien, die genutzt werden,
30 um Produkte oder Projekte besser im Markt zu positionieren (z.B. Marketing, Nudging,
31 Defaultstrategien). Damit junge Menschen ihr Verhalten selbst bestimmen können, sollten sie
32 im schulischen Kontext die Gelegenheit bekommen sich mit den unbewussten Prozessen
33 auseinander zusetzen, um sich ihnen bewusst entgegen stellen zu können.

34 Darüber hinaus sieht sich Schule in vieler Hinsicht mit psychosozialen Schwierigkeiten, wie
35 Leistungsängste, Gewalt, Diskriminierung, Mobbing u.ä. konfrontiert. Zudem sind Defizite im
36 Gesundheitsverhalten wahrzunehmen, beispielsweise der adäquate Umgang mit
37 Stressereignissen und der Umgang mit Suchtverhalten. Bei 12-18 Jährigen liegt z.B. eine
38 Einjahresprävalenz von 3,1 % allein für Depression vor¹. Diese Argumente verdeutlichen die

¹ Hoffmann F, Petermann F, Glaeske G, Bachmann CJ (2012). Prevalence and comorbidities of

39 Relevanz von Psychologie in der Schule und so sprechen sich auch seit langem die
40 bundesweiten Verbände von Psycholog*innen wie der Executive Council der European
41 Federation of Psychologists' Associations (EFPA), der Berufsverband Deutscher
42 Psychologinnen und Psychologen (BDP), die Deutsche Gesellschaft für Psychologie
43 (DGPs) und die Kommission Psychologie in den Lehramtsstudiengängen für eine qualifizierte
44 psychologische Bildung in die Schulen in allen Bundesländern aus².

45

46

47 angenommen

48 abgelehnt

49 überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: B 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bezirksparteitag

Betr.: Thema Nachhaltigkeit mehr in Bildung integrieren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD setzt sich dafür ein, das Thema Nachhaltigkeit in all seinen, insbesondere sozialen,
4 Facetten in hessische Bildungsangebote zu integrieren.

5 Vorzugsweise kann dies in Form einer Unterrichtseinheit oder weiteren Veranstaltungen
6 geschehen. Nachhaltigkeit kann dabei nicht an einem Tag oder in einer besonderen
7 Unterrichtseinheit abgehandelt werden, sondern muss bei allen Themen mitgedacht werden.

8

9 **Begründung:**

10 Das Thema Nachhaltigkeit ist für alle Bereiche der Gesellschaft, des Alltags unumgebar
11 geworden. Angesichts immer stärker werdenden Veränderungen bis hin zu Bedrohungen, wie
12 Klimawandel, Differenz zwischen Arm und Reich oder Diskriminierung von Minderheiten, ist es
13 Aufgabe des Bildungssystems hier noch konzentrierter aufzuklären.

14 Kinder und Jugendliche sollten schon früh die Möglichkeit bekommen, Ideen dafür zu
15 entwickeln, die diesen Kräften entgegen wirken, zumal sie gleichzeitig „die Zukunft sind“.

16 Ein wichtiger Schritt für eine allgemeine Maßnahme, an dem Thema Nachhaltigkeit zu arbeiten
17 sind die 17 Nachhaltigkeitsziele (auch „SDGs“) der Agenda2030, welche im Jahr 2015 von den
18 Vereinten Nationen beschlossen wurden. Leider sind diese bis heute nur begrenzt größeren
19 Teilen der Zivilgesellschaft vermittelt worden. Mit einer Integration in das Bildungssystem kann
20 dazu ein großer Beitrag geleistet werden.

21

- 22 angenommen
23 abgelehnt
24 überwiesen an

25

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: B 4

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Stärkung der demokratischen Bildung im Schulwesen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass das hessische Kultusministerium
4 der Demokratiebildung und -förderung eine größere Bedeutung in den Kerncurricula für
5 hessische Schulen und in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften einräumt. Neben den
6 eigentlichen Lehrinhalten ist hierbei ebenfalls Wert auf gelebte Demokratie im Schulalltag zu
7 legen.

8
9 **Begründung:**

10 Eine Studie des Berliner Instituts für Gesellschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann-
11 Stiftung hat Ende 2018 erstmals untersucht, wie es um die Demokratiebildung an deutschen
12 Schulen steht. Seit längerem ist darüber hinaus klar, dass der fachbezogene Politikunterricht in
13 Deutschland zu kurz kommt (vgl. Politische Bildung 2017/ Universität Bielefeld).

14 Die Studie des Berliner Instituts für Gesellschaftsforschung kommt zu dem Schluss, dass der
15 Stellenwert der Demokratiebildung im Schulalltag bei nur knapp vier Prozent der bundesweit
16 befragten Lehrkräfte „hoch“ sei. Für 95 Prozent dagegen sei die schulische Demokratiebildung
17 nur von mittlerer Bedeutung. Bei Lehrkräften gesellschaftswissenschaftlicher Fächer sind
18 Themen der Demokratiebildung nur bei 29,2 Prozent im Unterricht stark präsent. Des Weiteren
19 gaben weniger als zehn Prozent der Lehrkräfte an, dass ihre Schüler*Innen in den letzten zwölf
20 Monaten Erfahrungen mit Formaten der Demokratiebildung wie etwa
21 Schüler*Innenparlamenten machen konnten.

22 Um diesen Tendenzen und dem Ergebnis, dass die Intensität schulischer Demokratiebildung
23 bei Lehrkräften, die älter als 43 Jahre sind, höher ist als bei jüngeren Kolleg*Innen,
24 entgegenzuwirken, muss der Demokratiebildung ein höherer Stellenwert in den Kerncurricula
25 und der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften eingeräumt werden.¹

26
27
28 angenommen
29 abgelehnt
30 überwiesen an

31

¹ Statistiken entnommen der Studie „Demokratiebildung in Schulen“, Bertelsmann Stiftung
2018: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-
meldungen/2018/november/thema-demokratie-kommt-in-schulen-zu-kurz/](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/november/thema-demokratie-kommt-in-schulen-zu-kurz/) [12.01.19]

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: B 5

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Digitalkompetenz von Lehrkräften sichern

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Nutzung eines pädagogischen Tages für hessische Lehrkräfte wird unabhängig der
4 Schulform zur Weiterbildung hinsichtlich digitaler Kompetenzen in Anlehnung an die
5 Digitalstrategie 2017 der Kultusministerkonferenz¹ vorgeschrieben.

6 Das Ziel muss sein, dass Lehrkräfte souverän mit aktuellen digitalen Technologien und Medien
7 umzugehen wissen.

8

9 **Begründung:**

10 Lehrer*Innen und Schüler*Innen werden im gelebten Alltag auf unterschiedlichsten Ebenen
11 sowohl mit neuen Kommunikationsmitteln, als auch mit technologischen Neuheiten konfrontiert.
12 Um dem gerecht zu werden, sollten sich Bildungskompetenzen an den Lebensrealitäten der
13 Kinder orientieren. In Anlehnung des Monitors „Digitale Bildung“ der Bertelsmann Stiftung aus
14 dem Jahr 2017 sei darauf hingewiesen, dass nur 15% der Lehrer*Innen digitale Lernformen
15 vielseitig im Unterricht nutzen.

- 16
- 17 angenommen
- 18 abgelehnt
- 19 überwiesen an

20

¹ Vgl. KMK: Bildung in der digitalen Welt Strategie der Kultusministerkonferenz
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt_idF._vom_07.12.2017.pdf

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

<u>Antrag:</u>	B 6
<u>Antragsteller:</u>	UB Schwalm-Eder, UB Werra-Meißner
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Kostenloses Schülerticket Hessen für alle Schüler*innen und Auszubildende

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen,
4 der eine vollständige Erstattung des Schülertickets Hessen für alle Schüler*innen und
5 Auszubildende vorsieht, die für das Schülerticket Hessen bezugsberechtigt sind.
6

7 **Begründung:**

8 Aktuell dürfen alle Schüler*innen und Auszubildende, deren Schule (Ausbildungsbetrieb) oder
9 Wohnort innerhalb Hessens liegt, ein Schülerticket Hessen beziehen. Das Schülerticket Hessen
10 kostet 1€ am Tag – 365€ im Jahr. Erstattet bekommen das Schülerticket Hessen laut §161
11 HSchG alle Schüler*innen und Auszubildende, deren Wohnort mehr als 2 km von der
12 Grundschule oder ab der 5. Klasse mehr als 3 km von der Schule bzw. dem Ausbildungsbetrieb
13 entfernt ist.

14 Von Schüler*innen und Auszubildenden, die näher als die oben angegebene Entfernung an
15 ihrer Schule wohnen, wird erwartet, dass sie von ihren Eltern in die Schule oder zum
16 Ausbildungsbetrieb gefahren werden oder diese das Schülerticket bezahlen. Dies stellt
17 Familien, bei denen beide Eltern arbeiten oder Familien, deren Einkommen es nicht erlaubt, ein
18 Schülerticket zu beziehen, vor besondere Herausforderungen. Auch können wir von
19 Schüler*innen und Auszubildenden nicht erwarten, bei Wind und Wetter, speziell im Winter, bis
20 zu 3 km in die Schule oder zum Ausbildungsbetrieb zu laufen. Da das Schülerticket Hessen
21 nicht nur für die Schule genutzt werden kann, sondern auch für die Freizeit und in den Ferien,
22 werden Schüler*innen und Auszubildende, die das Schülerticket Hessen nicht erstattet
23 bekommen, klar benachteiligt. Sie müssen sich diese Tickets selber kaufen und nicht alle
24 können sich dies leisten.

- 25
26 angenommen
27 abgelehnt
28 überwiesen an
29

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

<u>Antrag:</u>	B 8
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	NS-Aufarbeitung in Ausbildungen von Soldat*innen und Polizist*innen und Beamt*innen/Angestellte im Justizvollzug integrieren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Soldat*innen und Polizist*innen und Beamt*innen/Angestellte im Justizvollzug müssen sich in
4 ihren Ausbildungen intensiv und kritisch mit den NS-Vergangenheiten ihrer Berufe
5 auseinandersetzen, damit sie die freiheitliche und demokratische Verantwortung in ihren
6 Berufen umfassend ausfüllen können.

7
8 Konkret fordern wir, dass,

- 9
- 10 • ein kritischer Umgang mit der NS-Vergangenheit der Exekutivgewalten pflichtmäßig in
11 die Lehrpläne von Soldat*innen und Polizist*innen und Beamt*innen/Angestellte im
12 Justizvollzug aufgenommen wird, sodass angehende Soldat*innen und Polizist*innen
13 ihre heutige demokratische Verantwortung nachvollziehen, verinnerlichen und verstehen
14 können und Anzeichen für totalitäre Reformbestrebungen innerhalb der Gesellschaft
15 erkennen lernen;
 - 16 • jede*r angehende Soldat*in und Polizist*in und Beamt*in/Angestellte*r im Justizvollzug
17 in ihrer Ausbildung pflichtmäßig ein Konzentrations- und Vernichtungslager der NS-
18 Vergangenheit besuchen muss. Dieser Besuch muss durch eine nachhaltige, kritische
19 und pädagogische Begleitung für die politische, demokratische Bildung jeder*s
20 Einzelnen unterstützt werden.
- 21

22 **Begründung:**

23 Immer öfter kommt es zu erschreckenden Aufdeckungen aus Bundeswehr und Polizei. Gehäuft
24 treten Vorfälle über eine zutiefst beunruhigende Nähe zwischen deutschen Polizist*innen und
25 Soldat*innen zu (neu-)rechten Netzwerken auf. Während sich beispielsweise innerhalb der
26 Bundeswehrstrukturen ein rechtes Untergrundnetzwerk, welches an einem „Tag X“ einen
27 Umsturz Deutschlands plante, organisiert hat, wird eine hessische Anwältin durch hessische
28 Polizist*innen, die sich den Namen „NSU 2.0“ gegeben haben, mehrfach massiv bedroht.
29 Während diese Vorfälle umfassend aufgearbeitet und geklärt werden müssen, muss die
30 Gesellschaft nachhaltige Präventivmaßnahmen umsetzen. Wir glauben, dass dies unter
31 anderem durch eine intensive pädagogische Auseinandersetzung mit dem System des
32 Nationalsozialismus möglich ist.

33 Hierbei muss elementarer Bestandteil der Ausbildung sein, zu erkennen, wie die
34 Machtübernahme der Nazis möglich war, wie die Gleichschaltung der Gesellschaft gelang und
35 auf welche Weise schließlich der Holocaust möglich wurde. Im Zuge dessen halten wir es für
36 obligatorisch ein Konzentrations- und Vernichtungslager der NS-Vergangenheit zu besuchen,
37 um Ausmaß und Grausamkeit der damaligen Taten begreifbar zu machen.

38

39 Der Exekutivgewalt kommt in jeder Gesellschaft die Aufgabe zu, Weisungen der Legislative
40 auszuführen. Während dieser Grundsatz gilt, verpflichten sich Angestellte wie Beamt*innen des
41 Öffentlichen Dienstes jedoch auch zum Schutz des Grundgesetzes und damit der
42 unveräußerlichen Würde eines jeden Menschen. Es ist daher notwendig, dass die Ausbildung
43 jede*n dazu befähigt, zu erkennen, wann ihnen übertragene Weisungen Regelungen der
44 Verfassung entgegenstehen. Das Remonstrationsrecht, also das Recht auf eine Einwendung,
45 die Beamt*innen gegen eine Weisung erheben, die von einem*r Vorgesetzten ausgesprochen
46 wurde, kann nur von der Person beansprucht werden, die erkennt, wenn Unrecht auch
47 tatsächlich geschieht.

48

49

50

51 angenommen

52 abgelehnt

53 überwiesen an

54

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: AS 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress

Betr.: Aufwertung des Freiwilligen Sozialen (FSJ) und Ökologischen Jahres (FÖJ) sowie des Bundesfreiwilligendienstes (Bufdi)

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern: Eine deutliche Verbesserung der Konditionen für Menschen, welche
4 sich in einem FSJ, FÖJ sowie im Bufdi engagieren wollen. Für Verpflegung, Unterbringung und
5 Fahrtkosten müssen einheitliche Rahmenbedingungen verbessert werden.
6 Um die Teilnehmer*innen finanziell zu unterstützen, soll die Entlohnung an die
7 Mindestausbildungsvergütung im ersten Lehrjahr angepasst werden. Die Zusätzlichkeit der
8 Arbeit muss gewährleistet sein.

9
10
11 **Begründung:**
12 Der Freiwilligendienst ist ein Angebot für Menschen jeden Alters, sich außerhalb der Schule
13 und des Berufs für das Allgemeinwohl einzusetzen. Er ermöglicht es, Menschen neue
14 praktische Erfahrungen zu sammeln und sich über Berufsperspektiven, ehrenamtliches
15 Engagement und Chancen zur Teilhabe ein Bild zu machen. Jedoch muss ein freiwilliges Jahr
16 auch Sicherheiten bieten. Wer in Vollzeit arbeitet und sich für das Gemeinwohl engagiert, sollte
17 auch dementsprechend vergütet werden.

18
19
20
21 angenommen
22 abgelehnt
23 überwiesen an
24

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: AS 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Psychische Erkrankungen in die öffentliche Wahrnehmung bringen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Depression zählt mit über 5 Millionen Betroffenen (Quelle: Deutsche Depressionshilfe) zu den
4 häufigsten Krankheiten in Deutschland – und ist trotzdem in der öffentlichen Diskussion kaum
5 wahrnehmbar. Oft wird die Krankheit zu spät erkannt, auf die leichte Schulter genommen oder
6 vom persönlichen Umfeld heruntergespielt. Dabei gibt es bei dieser Erkrankung keine andere
7 anerkannte Behandlung als Psychotherapie, unter Umständen kombiniert mit einer
8 medikamentösen Behandlung. Der Entscheidung für eine Behandlung wird jedoch dadurch
9 entgegengewirkt, dass sich bei der Entscheidung für eine aktenkundige Psychotherapie
10 negative Folgen bei der Wahl und Ausübung des Berufes ergeben können. Daher fordern wir:

- 11
- 12 • Die SPD soll auf öffentlichkeitswirksame Programme und Kampagnen zur Prävention
13 und Früherkennung von psychische Erkrankungen hinwirken und bestehende Projekte
14 fördern.
 - 15
 - 16 • Berufliche Nachteile, und Benachteiligungen bei der Einstellung, die sich aus der
17 Inanspruchnahme einer Psychotherapie ergeben, müssen gesetzlich verboten werden.
 - 18
 - 19 • Der Zugang zu einer Psychotherapie, auch in Form von freiwilligen Klinikaufenthalten,
20 muss erleichtert und die Wartezeit für einen Therapieplatz drastisch verkürzt werden.
 - 21
 - 22 • Die Kosten für die Psychotherapeut*innenausbildung sollen abgeschafft werde und die
23 Praktika in der Therapeutenausbildung nach Mindestlohn vergütet werden.
 - 24
 - 25 • Nach Ablauf der von der Krankenkasse genehmigten Therapie muss die Möglichkeit
26 bestehen, diese ohne Wartezeit zu verlängern.
 - 27

28
29
30 **Begründung:**
31 Erfolgt mündlich

- 32
- 33 angenommen
 - 34 abgelehnt
 - 35 überwiesen an

36

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: AS 3

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Übernahme der ‚Pille danach‘ durch die Krankenkassen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die sogenannte ‚Pille danach‘ kann als Notfallverhütungsmittel je nach Präparat bis zu 120
4 Stunden nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen werden. Dabei verhindert sie eine
5 Schwangerschaft nicht direkt, sondern verhindert bzw. verschiebt den Eisprung. Der Preis der
6 ‚Pille danach‘ liegt je nach Präparat bei circa 30 € und ist von der betroffenen Person zu
7 entrichten. Um die Hürden so niedrig wie möglich und die Gefahr einer ungewollten
8 Schwangerschaft zu verhindern, fordern wir, dass die Kosten für die ‚Pille danach‘ von den
9 Krankenkassen übernommen werden.
10 Es soll darauf hingewirkt werden, dass das Präparat in der Breite angeboten und unkompliziert
11 ausgegeben wird.

12
13
14

15 **Begründung:**

16 Erfolgt mündlich.

17
18
19
20
21
22

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: AS 4

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-
Bundesparteitag

Betr.: Betriebsräte als Regel, nicht als Ausnahme!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für die Einführung einer einheitlichen Betriebsratspflicht
4 ein, indem die Umsetzung der bereits bestehenden Regelung aktiv überprüft wird.

5 Zusätzlich sollen Arbeitnehmer*innen verstärkt mit Hilfe von Fortbildung und bundesweiten
6 Kampagnen über ihre Rechte informiert und umfassend gebildet werden.

7 Des Weiteren soll Arbeitnehmer*innenrechten in der Ausbildung mehr Raum eingeräumt
8 werden, damit angehende Arbeitnehmer*Innen umfassend aufgeklärt werden.

9 Auch Arbeitnehmer*innen unter 18 Jahren müssen bei Betriebsratswahlen wahlberechtigt sein.

10
11 **Begründung:**

12 Die derzeitige Regelung einer Möglichkeit der Bildung eines Betriebsrates, wie es im
13 Betriebsverfassungsgesetz geregelt ist, zeigt deutliche Schwächen bei der Umsetzung einer
14 Demokratisierung von Arbeitsverhältnissen. Nur in rund 10% der betriebsratsfähigen Betriebe
15 der Privatwirtschaft gibt es einen Betriebsrat.¹

16 Die Einsetzung von Betriebsräten auf freiwilliger Basis der Arbeitnehmer*innen führt dazu, dass
17 Arbeitgeber*innen Druck auf ihre Angestellten ausüben können und somit ein Betriebsrat
18 letztendlich trotz rechtlichen Schutzes verhindert wird. Eine einheitliche Betriebsratspflicht in
19 jedem Betrieb könnte diesen Umstand umgehen. Betriebsräte sollten nicht länger die
20 Ausnahme, sondern die Regel der Arbeitswelt sein, damit Arbeitnehmer*innen sich gegenseitig,
21 ihre Stimme und Rechte stärken können und die Demokratisierung der Arbeitswelt und
22 Unternehmen weiter vorangebracht wird.

23
24 Betriebsräte sind der Grundstein eines demokratischen Arbeitsverhältnisses zwischen
25 Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die Verteidigung
26 und das Entstehen für Arbeitnehmer*innenrechte sind tief verwurzelt in der Geschichte der
27 Sozialdemokratie. Wenn wir Arbeitnehmer*innen vollumfänglich in ihrem Alltag unterstützen
28 möchten, müssen wir sie selbst ermächtigen.

- 29
30
31 angenommen
32 abgelehnt
33 überwiesen an

¹ Helge Baumann, Wolfram Brehmer: Die Zusammensetzung von Betriebsräten: Ergebnisse aus der WSI-Betriebsrätebefragung 2015, WSI-Mitteilungen 03/2016, S. 201-210

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

<u>Antrag:</u>	AS 5
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag
<u>Betr.:</u>	Reform des Vermögensfreibetrags beim Bezug von SGB II-Leistungen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-Partei Vorstand werden dazu aufgefordert, sich für
4 folgende Änderungen in § 12 des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB II) einzusetzen:

- 5
6 1. Ersetze in § 12 (2) S. 1 Nr. 1 SGB II „150 Euro je vollendetem Lebensjahr“ durch
7 „12.500 Euro“.
- 8 2. Streiche in § 12 (2) S. 1 Nr. 1 SGB II ab „, mindestens“ bis „übersteigen,“ ersatzlos.
- 9 3. Streiche § 12 (2) S. 1 Nr. 1a SGB II und ersetze durch: „für jedes leistungsberechtigte
10 minderjährige Kind ein Grundfreibetrag in Höhe des gesamten, dem minderjährigen Kind
11 zugeordneten, Vermögens,“
- 12 4. Ersetze in § 12 (2) S. 1 Nr. 3 SGB II „750 Euro je vollendetem Lebensjahr der“ durch
13 „55.000 Euro pro“.
- 14 5. Ersetze in § 12 (2) S. 1 Nr. 3 SGB II „erwerbsfähigen leistungsberechtigten“ durch
15 „erwerbsfähiger leistungsberechtigter“.
- 16 6. Streiche in § 12 (2) S. 1 Nr. 3 SGB II ab „, höchstens“ bis „Höchstbetrag“ ersatzlos.
- 17 7. Ersetze in § 12 (2) S. 1 Nr. 4 SGB II die Zahl „750“ durch „1.500“.
- 18 8. Streiche § 12 (2) S. 2 SGB II ersatzlos.
- 19 9. Füge nach § 12 (2) S. 1 Nr. 4 SGB II die neuen Nr. 5 bis Nr. 8 mit folgendem Wortlaut
20 ein:
- 21 „5. ein Leistungsfreibetrag in Höhe von 150 Euro pro angefangenen Monat für jede
22 volljährige Person und deren Partnerin oder Partner in dem der oder die Betreffende
23 a. einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen ist,
24 b. einen Angehörigen gepflegt hat,
25 c. ein eigenes oder das Kind einer Partnerin oder eines Partners unter 3 Jahren betreut
26 hat,
27 d. eine Berufsausbildung absolviert hat,
28 e. ein Studium absolviert hat.
- 29
- 30 6. ein Leistungsfreibetrag in Höhe von 75 Euro pro angefangenen Monat für jede
31 volljährige Person und deren Partnerin oder Partner in dem der oder die Betreffende
32 einer geringfügigen Beschäftigung nachgegangen ist.
- 33
- 34 7. ein Leistungsfreibetrag in Höhe von 750 Euro pro angefangenen Monat auf geldwerte
35 Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, soweit die Inhaberin oder der Inhaber sie vor
36 dem Eintritt in den Ruhestand aufgrund einer unwiderruflichen vertraglichen
37 Vereinbarung nicht verwerten kann für jede volljährige Person und deren Partnerin oder
38 Partner in dem der oder die Betreffende
39 a. einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen ist,
40 b. einen Angehörigen gepflegt hat,
41 c. ein eigenes oder das Kind einer Partnerin oder eines Partners unter 3 Jahren betreut

42 hat,
43 d. eine Berufsausbildung absolviert hat,
44 e. studiert hat.

45
46 8. ein Leistungsfreibetrag in Höhe von 375 Euro pro angefangenen Monat auf geldwerte
47 Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, soweit die Inhaberin oder der Inhaber sie vor
48 dem Eintritt in den Ruhestand aufgrund einer unwiderruflichen vertraglichen
49 Vereinbarung nicht verwerten kann für jede volljährige Person und deren Partnerin oder
50 Partner in dem der oder die Betreffende einer geringfügigen Beschäftigung
51 nachgegangen ist.

52
53 **Begründung:**
54 § 12 SGB II regelt das zu berücksichtigende Vermögen bei der Berechnung des
55 Leistungsanspruchs für Leistungen aus Arbeitslosengeld 2 (umgangssprachlich Hartz IV). Die
56 momentane Rechtslage gewährleistet diverse Freibeträge für in einer Bedarfsgemeinschaft
57 lebende Personen. Die Freibeträge ergeben in Summe das sogenannte Schonvermögen, auf
58 welches durch die Antragstellenden nicht zurückgegriffen werden muss, bevor sie einen
59 Anspruch auf Grundsicherungsleistungen erhalten. Je nach Alter der in der
60 Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen ergibt sich ein Gesamtvermögen, welches nicht
61 verbraucht werden muss, bevor ein Anspruch auf Leistungen des SGB II entsteht.

62
63 Das Schonvermögen setzt sich indes wie folgt zusammen:
64
65 1. ein Grundfreibetrag in Höhe von 150 Euro je vollendetem Lebensjahr für jede in der
66 Bedarfsgemeinschaft lebende volljährige Person und deren Partner*in, mindestens aber
67 jeweils 3.100 Euro; maximal jedoch 10.050 Euro für Personen, die nach dem 31.
68 Dezember 1963 geboren wurden,
69 2. ein Grundfreibetrag in Höhe von 3.100 Euro für jedes leistungsberechtigte minderjährige
70 Kind,
71 3. ein Freibetrag für notwendige Anschaffungen in Höhe von 750 Euro für jede*n in der
72 Bedarfsgemeinschaft lebende*n Leistungsberechtigte*n.

73
74 Hinzu kommen Freibeträge auf geldwerte Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen. Diese sind
75 mit einem Grundfreibetrag i. H. v. 750 Euro je vollendetem Lebensjahr für jede in der
76 Bedarfsgemeinschaft lebende volljährige Person und deren Partner*in zu berechnen. Hier gilt
77 ein Maximalbetrag i. H. v. 50.250 Euro für Personen, die nach dem 31. Dezember 1963
78 geboren wurden.

79
80 Folgende Beispielberechnung für eine vierköpfige Familie verdeutlicht die Rechtslage. Aufgrund
81 der leichten Verständlichkeit wird auf eine Berechnung des Freibetrags für geldwerte
82 Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, verzichtet.

83
84 Zwei Eheleute, beide 40 Jahre alt, leben mit ihren beiden minderjährigen Kindern im Alter von 6
85 und 12 Jahren in einem gemeinsamen Haushalt. Aufgrund von Regelungen des SGB II bilden
86 sie eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft. Sie stehen also mit ihrem Einkommen und
87 Vermögen wechselseitig füreinander ein.

88
89 Die 40-jährigen Eheleute haben jeweils einen Grundfreibetrag aufgrund ihres Lebensalters
90 i. H. v. 6.000 Euro (40 Jahre x 150 Euro). Hinzu kommt ein Freibetrag für notwendige
91 Anschaffungen i. H. v. je 750 Euro. Beide haben demnach einen Vermögensfreibetrag i. H. v.
92 6.750 Euro.

93
94 Auf die beiden minderjährigen Kinder entfällt jeweils ein Grundfreibetrag i. H. v. 3.100 Euro
95 zuzüglich eines Freibetrags i. H. v. 750 Euro pro Kind. Jedes der Kinder verfügt daher
96 insgesamt über einen Vermögensfreibetrag i. H. v. 3.850 Euro.

97

98 Die Familie hat bei Antragstellung demnach ein Recht darauf, ein Vermögen i. H. v. insgesamt
99 21.200 Euro zu besitzen, ohne ihren Anspruch auf Grundsicherungsleistungen zu verlieren.
100 Darüberliegendes Vermögen müsste nach aktueller Rechtslage zunächst aufgebraucht werden,
101 bevor ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II durchgesetzt werden kann.

102
103 Aus der aktuellen Rechtslage erwachsen diverse Ungerechtigkeiten, die durch o. g.
104 Beschlussvorschlag beseitigt werden sollen.

105
106 Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen, ist in den meisten Fällen keine freiwillige
107 Entscheidung. In jedem Fall sind jedoch die Kinder in einer betroffenen Familie unschuldig an
108 ihrer Situation. Sie sollten daher auch bei der Prüfung des Schonvermögens nicht berücksichtigt
109 werden. Vermögen der Kinder ist nach unserer Auffassung nicht anzutasten. Hieraus ergibt sich
110 der Beschlussvorschlag zur Änderung des § 12 (2) S. 1 Nr. 1a SGB II.

111
112 Darüber hinaus berücksichtigt das SGB II in seinen Regelungen zum Vermögensfreibetrag zwar
113 das Lebensalter der Antragsstellenden, jedoch nicht, wie lang die Personen bisher einer
114 Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Wir glauben, dass Lebensleistung in Form von
115 sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit gerade dann honoriert werden muss, wenn
116 Arbeitende auf die Solidarität der Gesamtgesellschaft angewiesen sind.

117
118 Hieraus ergeben sich für uns zwei Forderungen. Zum einen sollte eine pauschale Festlegung
119 des Grundfreibetrags für alle volljährigen Personen erfolgen, die sich nicht nach den
120 Lebensjahren bemisst. Hierdurch erreichen wir zum einen eine Verwaltungsvereinfachung, zum
121 anderen schließen wir eine Schlechterbehandlung Einzelner gegenüber dem Status quo aus,
122 indem wir den pauschalen Grundfreibetrag auf 12.500 Euro festsetzen (momentan maximal
123 10.050 Euro). Der Grundfreibetrag für geldwerte Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, i. H.
124 v. momentan 750 Euro je vollendetem Lebensjahr wird auf 55.000 Euro festgelegt (momentan
125 maximal 50.250 Euro).

126
127 Zusätzlich zum Grundfreibetrag wird ein Freibetrag i. H. v. 150 Euro für jeden angefangenen
128 Monat hinzugerechnet, in dem eine antragstellende Person sozialversicherungspflichtig
129 beschäftigt war, einer Berufsausbildung nachging oder studierte. Gleiches gilt für jeden
130 angefangenen Monat, in dem ein*e Angehörige*r durch die betreffende Person gepflegt wurde
131 oder ein eigenes oder das Kind eines Partners* bzw. einer Partnerin* unter 3 Jahren betreut
132 wurde. Der Freibetrag vermindert sich auf 75 Euro für jeden angefangenen Monat, in dem eine
133 antragstellende Person geringfügig beschäftigt war.

134
135 Gleiches soll analog für den Freibetrag auf geldwerte Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen,
136 gelten. Es ist ein Freibetrag i. H. v. 750 Euro pro angefangenen Monat anzunehmen. Bei einer
137 geringfügigen Beschäftigung verringert sich dieser auf 375 Euro pro angefangenen Monat.

138
139 Für eine alleinstehende Frau* würde die Regelung bedeuten, dass sich ihr Vermögensfreibetrag
140 stark erhöht. Das folgende Beispiel einer 35-jährigen alleinerziehenden Frau* mit einem 12-
141 jährigen Kind veranschaulicht die geforderte Änderung: Nach aktuell gültigem Recht beliefe sich
142 ihr Grundfreibetrag auf 5.250 Euro. Nach der geforderten Gesetzesänderung stünde ihr ein
143 Grundfreibetrag i. H. v. 12.500 Euro zu. Hinzu käme ein Freibetrag i. H. v. 150 Euro pro Monat,
144 in dem Sie ihr Kind in den ersten drei Lebensjahren betreut hat. Dieser würde sich demnach auf
145 5.400 Euro belaufen. Hinzu kämen weitere Freibeträge für Monate, in denen sie einer
146 Erwerbstätigkeit, einer Ausbildung oder einem Studium nachging.

147
148 Der Freibetrag für notwendige Anschaffungen soll indes von momentan 750 Euro auf 1.500
149 Euro erhöht werden. Hierdurch sollen die gestiegenen Preise für die Anschaffung von
150 Einrichtungsgegenständen ausgeglichen werden.

151
152 **Wortlaut des § 12 SGB II mit geplanten Änderungen:**
153 (Streichungen sind durchgestrichen, Änderungen in Fettdruck)

154 § 12 Zu berücksichtigendes Vermögen

155

156 (1) Als Vermögen sind alle verwertbaren Vermögensgegenstände zu berücksichtigen.

157

158 (2) Vom Vermögen sind abzusetzen

159

160 1. ein Grundfreibetrag in Höhe von ~~150 Euro je vollendetem Lebensjahr~~ **12.500 Euro** für jede in
161 der Bedarfsgemeinschaft lebende volljährige Person und deren Partnerin oder Partner,
162 ~~mindestens aber jeweils 3 100 Euro; der Grundfreibetrag darf für jede volljährige Person und~~
163 ~~ihre Partnerin oder ihren Partner jeweils den nach Satz 2 maßgebenden Höchstbetrag nicht~~
164 ~~übersteigen,~~

165

166 ~~1a. ein Grundfreibetrag in Höhe von 3 100 Euro für jedes leistungsberechtigte minderjährige~~
167 ~~Kind,~~ **für jedes leistungsberechtigte minderjährige Kind ein Grundfreibetrag in Höhe des**
168 **gesamten, dem minderjährigen Kind zugeordneten, Vermögens,**

169

170 2. Altersvorsorge in Höhe des nach Bundesrecht ausdrücklich als Altersvorsorge geförderten
171 Vermögens einschließlich seiner Erträge und der geförderten laufenden Altersvorsorgebeiträge,
172 soweit die Inhaberin oder der Inhaber das Altersvorsorgevermögen nicht vorzeitig verwendet,

173

174 3. geldwerte Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, soweit die Inhaberin oder der Inhaber
175 sie vor dem Eintritt in den Ruhestand aufgrund einer unwiderruflichen vertraglichen
176 Vereinbarung nicht verwerten kann und der Wert der geldwerten Ansprüche ~~750 Euro je~~
177 ~~vollendetem Lebensjahr der~~ **55.000 Euro pro** ~~erwerbsfähigen leistungsberechtigten~~
178 **erwerbsfähiger leistungsberechtigter** Person und deren Partnerin oder Partner, höchstens
179 jedoch jeweils den nach Satz 2 maßgebenden Höchstbetrag nicht übersteigt,

180

181 4. ein Freibetrag für notwendige Anschaffungen in Höhe von ~~750~~ **1.500 Euro** für jeden in der
182 Bedarfsgemeinschaft lebenden Leistungsberechtigten.

183

184 **5. ein Leistungsfreibetrag in Höhe von 150 Euro pro angefangenen Monat für jede**
185 **volljährige Person und deren Partnerin oder Partner in dem der oder die Betreffende**

186

- 187 a. einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen ist,
- 188 b. einen Angehörigen gepflegt hat,
- 189 c. ein eigenes oder das Kind einer Partnerin oder eines Partners unter 3 Jahren
- 190 betreut hat,
- 191 d. eine Berufsausbildung absolviert hat,
- 192 e. studiert hat.

193

194 **6. ein Leistungsfreibetrag in Höhe von 75 Euro pro angefangenen Monat für jede**
195 **volljährige Person und deren Partnerin oder Partner in dem der oder die Betreffende**
196 **einer geringfügigen Beschäftigung nachgegangen ist.**

197

198 **7. ein Leistungsfreibetrag in Höhe von 750 Euro pro angefangenen Monat auf geldwerte**
199 **Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, soweit die Inhaberin oder der Inhaber sie vor**
200 **dem Eintritt in den Ruhestand aufgrund einer unwiderruflichen vertraglichen**
201 **Vereinbarung nicht verwerten kann für jede volljährige Person und deren Partnerin oder**
202 **Partner in dem der oder die Betreffende**

203

- 204 a. einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen ist,
- 205 b. einen Angehörigen gepflegt hat,
- 206 c. ein eigenes oder das Kind einer Partnerin oder eines Partners unter 3 Jahren
- 207 betreut hat,
- 208 d. eine Berufsausbildung absolviert hat,
- 209 e. studiert hat.

210
211 **8. ein Leistungsfreibetrag in Höhe von 375 Euro pro angefangenen Monat auf geldwerte**
212 **Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, soweit die Inhaberin oder der Inhaber sie vor**
213 **dem Eintritt in den Ruhestand aufgrund einer unwiderruflichen vertraglichen**
214 **Vereinbarung nicht verwerten kann für jede volljährige Person und deren Partnerin oder**
215 **Partner in dem der oder die Betreffende einer geringfügigen Beschäftigung**
216 **nachgegangen ist.**
217
218 ~~Bei Personen, die~~
219
220 ~~1. vor dem 1. Januar 1958 geboren sind, darf der Grundfreibetrag nach Satz 1 Nummer 1~~
221 ~~jeweils 9 750 Euro und der Wert der geldwerten Ansprüche nach Satz 1 Nummer 3 jeweils~~
222 ~~48 750 Euro,~~
223
224 ~~2. nach dem 31. Dezember 1957 und vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, darf der~~
225 ~~Grundfreibetrag nach Satz 1 Nummer 1 jeweils 9 900 Euro und der Wert der geldwerten~~
226 ~~Ansprüche nach Satz 1 Nummer 3 jeweils 49 500 Euro,~~
227
228 ~~3. nach dem 31. Dezember 1963 geboren sind, darf der Grundfreibetrag nach Satz 1 Nummer 1~~
229 ~~jeweils 10 050 Euro und der Wert der geldwerten Ansprüche nach Satz 1 Nummer 3 jeweils~~
230 ~~50 250 Euro~~
231
232 ~~nicht übersteigen.~~
233
234 (3) Als Vermögen sind nicht zu berücksichtigen
235
236 1. angemessener Hausrat,
237
238 2. ein angemessenes Kraftfahrzeug für jede in der Bedarfsgemeinschaft lebende erwerbsfähige
239 Person,
240
241 3. von der Inhaberin oder dem Inhaber als für die Altersvorsorge bestimmt bezeichnete
242 Vermögensgegenstände in angemessenem Umfang, wenn die erwerbsfähige
243 leistungsberechtigte Person oder deren Partnerin oder Partner von der Versicherungspflicht in
244 der gesetzlichen Rentenversicherung befreit ist,
245
246 4. ein selbst genutztes Hausgrundstück von angemessener Größe oder eine entsprechende
247 Eigentumswohnung,
248
249 5. Vermögen, solange es nachweislich zur baldigen Beschaffung oder Erhaltung eines
250 Hausgrundstücks von angemessener Größe bestimmt ist, soweit dieses zu Wohnzwecken
251 behinderter oder pflegebedürftiger Menschen dient oder dienen soll und dieser Zweck durch
252 den Einsatz oder die Verwertung des Vermögens gefährdet würde,
253
254 6. Sachen und Rechte, soweit ihre Verwertung offensichtlich unwirtschaftlich ist oder für den
255 Betroffenen eine besondere Härte bedeuten würde.
256 Für die Angemessenheit sind die Lebensumstände während des Bezugs der Leistungen zur
257 Grundsicherung für Arbeitsuchende maßgebend.
258
259 (4) Das Vermögen ist mit seinem Verkehrswert zu berücksichtigen. Für die Bewertung ist der
260 Zeitpunkt maßgebend, in dem der Antrag auf Bewilligung oder erneute Bewilligung der
261 Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gestellt wird, bei späterem Erwerb von
262 Vermögen der Zeitpunkt des Erwerbs. Wesentliche Änderungen des Verkehrswertes sind zu
263 berücksichtigen.
264

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

<u>Antrag:</u>	AS 6
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag
<u>Betr.:</u>	Angleichung der Auszahlungszeitpunkte bei Sozial- und Versicherungsleistungen im Bundesgebiet

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-Parteivorstand werden dazu aufgefordert, sich für
4 eine einheitliche gesetzliche Regelung zur Auszahlung von Sozial- und
5 Versicherungsleistungen staatlicher Träger einzusetzen. Es wird empfohlen, staatliche
6 Leistungen stets im Voraus für den darauffolgenden Monat auszuführen.

7
8 **Begründung:**

9 In der Bundesrepublik Deutschland werden zahlreiche Geld- und Sachleistungen durch
10 verschiedene Träger an Bürger*innen ausgezahlt. Die Palette der Sozial- und
11 Versicherungsleistungen ist im Zuge dessen sehr vielfältig. So kann der Fall eintreten, dass
12 eine Person bspw. Anspruch auf Arbeitslosengeld I (Versicherungsleistung) seitens der Agentur
13 für Arbeit hat und darüber hinaus aufstockend Arbeitslosengeld II (Grundsicherungsleistung)
14 vom Kommunalen Jobcenter bezieht. In diesem Fall werden die Leistungen aus
15 Arbeitslosengeld II stets im Voraus für den darauffolgenden Monat ausgezahlt, während die
16 Auszahlung der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld I mitunter erst zum Ende des
17 Anspruchsmonats erfolgen kann. Im laufenden Bezug von Geldleistungen beider Träger stellt
18 dies in der Regel kein Problem dar.

19
20 Folgende Situation ergibt sich jedoch in der Praxis häufig: Im Monat der Antragstellung kann es
21 vorkommen, dass die betreffende Person sich in einer finanziellen und häufig auch
22 persönlichen Notlage befindet. Das zur Verfügung stehende Geld reicht schlichtweg nicht aus,
23 um sich selbst und die Familie zu versorgen. Beantragt die Person daraufhin Arbeitslosengeld I
24 und erhält einen entsprechenden Bescheid über die Bewilligung von Versicherungsleistungen,
25 so werden diese Leistungen regelhaft zum Ende des vergangenen Monats ausgezahlt. Es
26 entsteht hierdurch in einigen Fällen eine Wartezeit von etwa einem Monat, trotz Anspruch auf
27 Leistungen, bis eine erste Zahlung erfolgt.

28
29 Ergänzend beantragt die Person beim Jobcenter im gleichen Monat Arbeitslosengeld II
30 (umgangssprachlich auch Hartz IV). Diese Leistung wird stets im Voraus für den
31 darauffolgenden Monat ausgezahlt. Es findet jedoch eine Anrechnung von Einkommen statt. Als
32 Einkommen ist jede Geldleistung zu werten, die im Bewilligungsmonat zufließt. Demzufolge
33 auch die o. g. Leistungen aus Arbeitslosengeld I. Infolge dessen besteht häufig nur ein geringer
34 Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Ebenjene Sozialleistung wird zwar unmittelbar ausgezahlt,
35 kann jedoch die laufenden Bedarfe für den ersten Monat oft nicht decken. Der Person steht nun
36 zwar die Möglichkeit offen, ein Darlehen zur Überbrückung beim Kommunalen Jobcenter zu
37 beantragen. Dies ist jedoch mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand für den Antragstellenden
38 und den zuständigen Träger verbunden.

39
40 Ähnliche Situationen treten im Zusammenspiel anderer Träger und deren zu zahlenden
41 Geldleistungen auf. Eine gleichzeitige Auszahlung aller in der Bundesrepublik Deutschland

42 vorhandenen Versicherungs- und Grundsicherungsleistungen könnte diese Probleme beheben.
43 Gleichzeitig vollzöge der Staat damit auf der einen Seite eine Verwaltungsvereinfachung
44 innerhalb der Behörden und auf der anderen Seite einen Abbau bürokratischer Hürden für die
45 Bürger*innen.

46

47

48 angenommen

49 abgelehnt

50 überwiesen an

51

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: AS 7

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Auch Entwicklungshelfer*innen werden Eltern - Einführung der Elternzeit im Entwicklungshelferentsendegesetz

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Elternteilzeit soll im Entwicklungshelferentsendegesetz eingeführt werden.

4

5 **Begründung:**

6 Die derzeitige gesetzliche Regelung für deutsche Entwicklungshelfer*innen sieht leider keinen
7 Anspruch auf Elternzeit vor. Daraus resultieren für die Betroffenen, zumeist Frauen*,
8 weitreichende Probleme.

9

10 Wenn Entwicklungshelfer*innen in ihrem Auslandseinsatz ein Kind bekommen, steht Ihnen
11 zwar Elterngeld bis zu 300€, jedoch keinerlei Elternzeit zu. Das führt dazu, dass beispielsweise
12 eine Entwicklungshelferin nach Ende der 8 Wochen Mutterschutzfrist nach der Entbindung
13 sofort wieder vollumfänglich in ihrem Beruf einsteigen muss, was die Eltern vor große Aufgaben
14 in der Bewältigung ihres Alltages im Ausland stellt.

15

16 Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) sollte diesbezüglich explizit sicherstellen,
17 dass auch Entwicklungshelfer*innen einen Anspruch auf Elternzeit innerhalb ihres
18 Arbeitsverhältnisses besitzen.

19

20

21

22

23 angenommen

24 abgelehnt

25 überwiesen an

26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: F 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im Europaparlament

Betr.: Starke Schultern müssen schwächere entlasten - Für ein gerechteres Steuersystem

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Während das vorhandene Vermögen weltweit stetig steigt, geht die Schere zwischen Arm und
4 Reich immer weiter auseinander. Die Vermögen von wenigen Einzelpersonen vermehren sich
5 durch wirtschaftliches Wachstum und trotz niedriger Zinsen kontinuierlich. Diese ungleiche
6 Verteilung sorgt für Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung. Viele Menschen bangen um
7 ihren sozialen Status und fürchten sich davor in Armut zu leben.

8 Große Konzerne sind gesichtslose Konstrukte. Dahinter stehen Privatpersonen mit sehr hohen
9 Einzelvermögen. Für Deutschland heißt dies, dass die reichsten 45 Personen so viel besitzen
10 wie die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung, nämlich 214 Milliarden Euro.

11 Um dieser Fehlentwicklung entgegenzuwirken, bedarf es nicht nur eines starken Sozialstaates,
12 der die gesamte Bevölkerung im Blick hat, sondern auch einer gerechten Steuerpolitik in
13 Deutschland und gemeinsam mit unseren Partner*innen in der Europäischen Union. Denn in
14 einer solidarischen Gesellschaft muss klar sein, dass starke Schultern die schwächeren
15 unterstützen und entlasten müssen.

16
17 **Gerechtere Besteuerung in Deutschland**

18 Eine Reform des Steuersystems ist schon deshalb notwendig, weil die überschüssig erzielten
19 Staatseinnahmen nicht langfristig auf dem aktuellen Niveau gehalten werden können. Es
20 bedarf somit anderer Einnahmequellen, um einen funktionierenden Sozialstaat zu erhalten bzw.
21 auszubauen.

22
23 Wir fordern eine Reform des Einkommenssteuergesetzes, damit niedrige und mittlere
24 Einkommen entlastet werden. Hohe Einkommen hingegen sollen stärker in die Pflicht
25 genommen werden. Der Grundfreibetrag (derzeit 9.168 €) muss schneller als bisher
26 prognostiziert (9.408 € im Jahr 2020) steigen, um Geringverdienende zu entlasten. Eine
27 stärkere Erhöhung des Grundfreibetrages entlastet darüber hinaus vor allem die kleinsten
28 Einkommen, da diese Personen ihr so verdientes Geld bereits viel früher versteuern müssten
29 und so das Geld, welches dringend zum Leben benötigt wird, abgeben müssen. Des Weiteren
30 soll der Spitzensteuersatz (Einkommenssteuertarif 4) von aktuell 42% auf 45% steigen. Die
31 sogenannte Reichensteuer (Einkommenssteuertarif 5) soll von aktuell 45% auf 50% steigen.
32 Des Weiteren sollen Maßnahmen getroffen werden, um die Auswirkungen der Kalten
33 Progression einzudämmen mit dem Ziel, dass absolut gesehen weniger Arbeitnehmer*innen in
34 den Einkommenssteuertarif 4 fallen.

35
36

37 Eine Reform der Erbschaftssteuer muss sehr hohe vererbte Vermögen stärker besteuern. Im
38 Detail soll dies so aussehen, dass Vermögen ab einem Wert von 26 Millionen € in
39 Erbschaftssteuerklasse I mit 40 %, in Erbschaftssteuerklasse II mit 55 % und in
40 Erbschaftssteuerklasse III mit 60 % besteuert werden. Darüber hinaus soll nicht mehr nur 15%
41 des vererbten Betriebsvermögens, sondern das gesamte Betriebsvermögen bei der zu
42 besteuerten Erbmasse mit einbezogen werden. Die Ausnahme, dass Betriebsvermögen nicht
43 versteuert werden muss, wenn der Betrieb weitere 10 Jahre gehalten wird, soll jedoch
44 beibehalten werden

45
46 Der Kapitalertragssteuersatz von derzeit 25 % muss angepasst werden. Kapital sollte genau
47 wie Einkommen einem progressiven Steuermodell unterliegen. Die aktuelle Regelung führt zu
48 einer großen Ungerechtigkeit, da primär diejenigen profitieren, die bereits vermögend sind. Sie
49 erzielen hohe Kapitalerträge, welche dann, im Vergleich zur Einkommenssteuer,
50 unterdurchschnittlich besteuert werden. Jedoch sollten vordergründig die Bürger*innen
51 unterstützt werden, die ein Vermögen aufbauen wollen. Um geringe Kapitalerträge nicht
52 überproportional zu belasten, ist es sinnvoll auch hier ein progressives Modell zu wählen und
53 die Einkünfte aus Kapitalanlagen und die Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit getrennt zu
54 besteuern. Als Spitzensteuersatz fordern wir analog zur Einkommenssteuer einen Steuersatz
55 von 50 %.

56
57 Die Umsatzsteuer (auch Mehrwertsteuer) betrifft alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen.
58 Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen können aber an dieser Stelle
59 überproportional belastet werden, da sie bei Ausgaben des täglichen Bedarfs verhältnismäßig
60 stärker beansprucht werden, als diejenigen mit vergleichsweise hohem Einkommen. Wir fordern
61 deshalb die Senkung der Umsatzsteuer von aktuell 19 % auf 16 %. Der Steuersatz würde somit
62 auf den Stand vor dem Jahr 2006 zurückkehren.

63
64 **Gerechtere Besteuerung - nur gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen!**
65 Eine gerechte Besteuerung von Konzernen innerhalb der EU muss sichergestellt werden.
66 Bislang bestehen Möglichkeiten, dass multinationale Konzerne mit geschickter Standortwahl in
67 Europa wenige bis keine Steuern zahlen, obwohl jährliche Rekordgewinne verbucht werden. In
68 der EU ist so ein Flickenteppich aus unterschiedlicher Besteuerung von Unternehmens-
69 gewinnen entstanden. Dieser Praxis muss kurzfristig ein Riegel vorgeschoben werden.
70 Steuerflucht muss deutlich stärker bekämpft und es müssen geeignete Instrumente geschaffen
71 werden.

72 In der jüngeren Vergangenheit wurden durch sogenannte Steuersparmodelle wie z.B. Cum/Ex
73 Geschäfte massiv Steuern durch Banken hinterzogen. Zwar ist den Behörden der Vorgang
74 bekannt und erste Gelder wurden von den betroffenen Banken zurückgefordert, jedoch drohen
75 viele weitere Verfahren zu verjähren und können dementsprechend nicht mehr geahndet
76 werden. Die zuständigen Behörden müssen eine ausreichend große Zahl an Ermittlern für
77 Steuerstrafsachen mit großem Umfang bzw. komplexen Zusammenhängen einstellen und
78 sicherstellen, dass Verfahren auch von solcher Komplexität verfolgt werden können.

79
80 Damit die EU auf zukünftige Herausforderungen reagieren kann, bedarf es einer deutlichen
81 Erhöhung ihres bisherigen Haushaltes. Mit dem vorgestellten Steuerkonzept könnten
82 Einnahmen in Höhe von 800 Milliarden € erzielt werden, was in etwa dem doppelten (4%) des
83 bisherigen BIP (2 %) der EU entspricht.

84 Es erfordert die Einführung einer einheitlichen Besteuerung in Höhe von 37 % auf
85 Unternehmensgewinne in der gesamten EU, um es Unternehmen deutlich schwerer zu
86 machen, ihre Gewinne durch Zirkulation dort zu versteuern, wo für sie der jeweils günstigste
87 Steuersatz gilt.

88 Perspektivisch muss in der Europäischen Union eine gesetzliche Grundlage geschaffen
89 werden, die nach Art des deutschen Solidaritätszuschlages jede*n Arbeitnehmer*in in die
90 Verantwortung nimmt, sich an der Bewältigung der Herausforderungen, mit welcher sich die EU
91 in Zukunft konfrontiert sieht, zu beteiligen. Zusätzlich dazu muss die CO2-Steuer revitalisiert
92 werden, sodass eine Besteuerung von 30 € pro Tonne erreicht wird.

93
94 In naher Zukunft müssen umfassende Investitionen in Innovationen, Forschung und
95 Entwicklung sowie Bildung getätigt werden, um stabiles wirtschaftliches Wachstum in Europa
96 zu garantieren und Arbeitsplätze zu sichern. Damit dies gewährleistet werden kann, sollen 200
97 Milliarden € der so erzielten Einnahmen in diese Bereiche fließen.
98 Weiterhin soll der Ausbau von erneuerbaren Energien gefördert werden, um dem Klimawandel
99 in angemessener Form begegnen zu können. Hierfür sollen 80 Milliarden € zur Verfügung
100 gestellt werden. Außerdem sollen weitere 80 Milliarden € jenen Ländern zur Verfügung gestellt
101 werden, die am stärksten mit den Herausforderungen der aktuellen Migrationsbewegungen zu
102 kämpfen haben. Weitere 40 Milliarden € sollen in die Agrarindustrie fließen, damit ein Übergang
103 hin zu einer nachhaltigen und ökologischen Wirtschaft ermöglicht werden kann. Die Hälfte, also
104 400 Milliarden €, der so eingenommenen Steuern, soll den jeweiligen Ländern zur freien
105 Verwendung zurückgegeben werden.

106
107 **Begründung:**

108 Die oben aufgeführten Zahlen und Ideen orientieren sich "am nordischen Modell". Auch hier
109 werden Einkommen deutlich höher besteuert, als dies in Deutschland der Fall ist. Das Geld
110 wird dann gezielt verwendet, um Investitionen in den Sozialstaat, Bildung oder in den Ausbau
111 der Infrastruktur zu tätigen. Dieses gilt sowohl für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, als
112 auch für eine Erhöhung der sogenannten Reichensteuer. Beide ziehen vor allem hohe und
113 höchste Einkommen zur Verantwortung. Eine Reform der Erbschaftssteuer wird seit langem
114 diskutiert. Der Fokus des Antrages liegt auf vererbten Vermögen jenseits der 26 Millionen € und
115 soll so also diejenigen stärker heranziehen, welche auch sehr viel vererbt bekommen.

116
117 Die Einführung eines einheitlichen Steuersystem, welches ebenfalls hohe und höchste
118 Einkommen und Vermögen besteuert und gleichzeitig auflistet, wofür dieses Geld konkret
119 ausgegeben werden soll, stammt aus einem Manifest um den Ökonomen Thomas Piketty. Die
120 Autoren wollen damit auf zukünftige Herausforderungen vor denen die EU, aber auch die Welt
121 steht, reagieren.

- 122
123
124
125 angenommen
126 abgelehnt
127 überwiesen an

128

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: U 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Betr.: Wir fahr'n fahr'n fahr'n auf der Autobahn

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Klimaschutzes fordern wir eine allgemeine
4 Geschwindigkeitsbegrenzung in Höhe von 130 km/h auf allen Straßen in Deutschland, auf
5 denen bisher nur eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h gilt.

6

7 **Begründung:**

8 Auf dem Parteitag in Hamburg 2007 haben wir beschlossen: „Ein schneller und
9 unbürokratischer Weg zum Klimaschutz ist die Einführung einer allgemeinen
10 Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h.“

11 Diesen Weg wollen wir nun endlich gehen, denn neben dem klimatischen Argument gesellen
12 sich Berechnungen, nach denen ca. 140 Menschen jährlich weniger auf deutschen Autobahnen
13 sterben müssen, wenn es ein Tempolimit gibt.

14

15

16 angenommen

17 abgelehnt

18 überwiesen an

19

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: U 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Virtuelles Wasser von Produkten kennzeichnen und Problembewusstsein schaffen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion im Europäischen Parlament auf,
4 sich für die Kennzeichnung von virtuellem Wasser sowohl in Nahrungsmitteln als auch anderen
5 Konsumgütern einzusetzen. Virtuelles Wasser ist Wasser, das während der gesamten
6 Produktionskette des Produktes anfällt und so nicht transparent für den/die Verbraucher*in ist.
7 Zusätzlich soll diese Kennzeichnung von einer Aufklärungskampagne begleitet werden, die
8 Knappheit von Wasser in bestimmten Teilen der Erde und deren Konsequenzen für die Natur
9 und die Bewohner*innen der Regionen problematisiert und so ein Bewusstsein für dieses
10 Thema schafft.

11
12 **Begründung:**

13 Wasser ist essentieller Bestandteil allen Lebens. Ein Mensch kann ohne Nahrung ca. drei
14 Wochen überleben ohne Wasser jedoch nur ungefähr drei Tage. Die Verfügbarkeit von
15 frischen, genießbaren Wasser ist für die meisten Menschen auf der Welt keine
16 Selbstverständlichkeit wie für uns. Wasserknappheit oder Wasser Verteilung ist schon heute
17 die Ursache für diverse Konflikte zwischen Ländern, oder einfach globalen Produzenten und
18 lokalen Kleinbauern und der Bevölkerung. Versiegen die Brunnen und vertrocknet die Ernte so
19 haben diese Menschen keine Lebensgrundlage mehr in der Region und müssen oft ihre Heimat
20 verlassen.

21 Unser hiesiges Konsumverhalten hat direkte Auswirkungen auf die Wasserknappheit in vielen
22 Regionen dieser Erde. Unser Wasserverbrauch beträgt ca. 4000 Liter pro Tag von denen aber
23 nur 135 Liter direkter Wasserverbrauch für Hygiene oder Kochen sind und der Rest in unseren
24 Konsumgütern als virtuelles Wasser „versteckt“ ist. So steckt in einem Kilo Bananen 790 Liter
25 Wasser und in einem Kilo Kaffee sogar 18.000 Liter. Auch für Textilien wird enorm viel Wasser
26 bei der Produktion eingesetzt, so bei einem T-Shirt 2500 Liter. Das tückische ist, dass man das
27 Wasser in diesen Produkten nicht sehen kann und so seinen Konsum dahingegen schwerer
28 anpassen kann. Darum fordern wir eine Kennzeichnung aller Produkte und eine
29 Aufklärungskampagne um ein Problembewusstsein zu schaffen.

- 30
31
32 angenommen
33 abgelehnt
34 überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: U 3

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD
Bundesparteitag, Juso Landeskonferenz, Juso
Bundeskongress

Betr.: Solidarität mit "fridays for future"

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Das Thema Klimawandel hat im letzten Jahr an Bedeutung gewonnen. Die klimatischen
4 Verwerfungen und der dramatische Bericht des IPCC haben zu einer vermehrten
5 Berichterstattung und öffentlichen Aufmerksamkeit geführt. Der Klimawandel und seine
6 Auswirkungen sind die größten politischen Herausforderungen unserer Generation. Das haben
7 die Schüler*innen der "fridays for future" Bewegung verstanden und demonstrieren
8 eindrucksvoll gegen die aktuelle Klimapolitik.

9
10 Die politisierte Jugend zeigt uns, dass wir keine Zeit mehr haben. Die Veränderungen des
11 eigenen Konsumverhaltens, die Forderungen nach einer effektiven und direkten Klimapolitik
12 und die Aktivierung der gesamten Gesellschaft müssen jetzt in Angriff genommen werden. Die
13 Zeit drängt!

14
15 Wir fordern weiterhin die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, den Ausbau erneuerbarer
16 Energien und ein bewusstes Konsumverhalten, welches unserer Wegwerf-Gesellschaft
17 entgegensteht. Die politischen Forderungen müssen nun konsequent und zeitnah umgesetzt
18 werden, um die Klimaziele noch einhalten zu können. Hierbei muss man der Blockadehaltung
19 der konservativen Parteien entschlossen entgegentreten. Denn unsere Zukunft gehört uns!

20
21 Aus diesen Gründen erklären wir uns solidarisch mit der "fridays for future" Bewegung!

22
23 **Begründung:**
24 Erfolgt mündlich.

- 25
26 angenommen
27 abgelehnt
28 überwiesen an
29

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: U 4

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: SPD-Bezirksparteitag

Betr.: Verbesserung der Verzahnung des Öffentlichen
Personennahverkehrs

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir setzen uns dafür ein, ein neues Mobilitätskonzept für eine stärkere Verlässlichkeit von
4 Anschlüssen zwischen Bahn und Bus (bzw. Bus und Bus) im NVV-, RMV-, VRN-Gebiet
5 aufzubauen. Als Ziel sollte es unter anderem möglich sein, sich als Fahrgast für eine bestimmte
6 Verbindung anzumelden, damit der betroffene Anschlussbus dann auf den Fahrgast warten
7 kann. Der Forderung voraus geht eine Machbarkeitsstudie im NVV-, RMV- und VRN-Gebiet.

8
9 **Begründung:**
10 Im ländlichen Raum ist es nicht möglich einen kostendeckenden ÖPNV zu betreiben. Die Busse
11 fahren oft leer durch den Kreis. Dies liegt darin begründet, dass der Anschluss zwischen dem
12 Verkehrsträger Schiene und dem Bus nicht immer garantiert wird. Nach 20 Uhr gibt es im
13 gesamten NVV Gebiet eine Anschlussgarantie/Beförderungsgarantie, vor 20 Uhr greift diese
14 nicht. Abfahrten der Busse sind meistens 3-5 Minuten nach der fahrplanmäßigen Ankunft eines
15 Zuges am Bahnhof eingerichtet (siehe z.B. Bahnhof Malsfeld, Bahnhof Borken). Kommt es nun
16 in den Nachmittagsstunden zu einer Verspätung des Zuges von 5 Minuten wird der Anschluss
17 nicht mehr erreicht und der Fahrgast muss zwei Stunden auf die nächste Verbindung warten.
18 Der Bus fährt unterdessen ohne einen Fahrgast los. Selbiges Problem existiert teilweise auch
19 zwischen einzelnen Busverbindungen.

20
21 Durch eine Art Anmeldefunktion in einer der genannten Applikationen soll es dem Fahrgast
22 möglich sein, den Anschluss noch zu erreichen. Durch diese Maßnahme ließen sich einige
23 Individualfahrten einsparen und somit ein Beitrag zum Klimaschutz leisten.

- 24
25 angenommen
26 abgelehnt
27 überwiesen an

28

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: O 6

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bezirksvorstand, SPD-Landesparteitag

Betr.: Wir setzen uns für den Erhalt der SPD-Bezirke und der Bezirke der Arbeitsgemeinschaften in der SPD ein

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die hessische SPD hat bei der Landtagswahl am 28. Oktober 2018 eine empfindliche politische
4 Niederlage erlitten und ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis der Nachkriegsgeschichte
5 eingefahren. Sie hat über 391.000 Wähler*innen verloren. Eine Niederlage, die die
6 Landespartei neben dem weiteren Verlust an politischem Einfluss und weiteren 5 Jahren in der
7 Opposition im Landtag, auch erheblich Geld durch eine sinkende Wahlkampfkostenerstattung
8 kosten wird. Nach Aussage von Thorsten Schäfer Gümbel rechnet der Landesverband mit über
9 300.000 € weniger pro Jahr.

10 Der SPD-Landesverband plant u. a. deswegen eine organisatorische Neuaufstellung der
11 hessischen SPD, um effizientere und kostengünstigere Strukturen zu schaffen und um an das
12 Geld der beiden SPD-Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd heran zu kommen.

13
14 Wir sehen grundsätzlich einer organisatorischen Neuaufstellung mit großer Skepsis entgegen.
15 Sind bisherige Reformen doch meistens nach dem Motto, mehr Zentralisierung und mehr
16 Machtkonzentration und mehr Geld beim SPD-Landesverband verlaufen.

17
18 Uns geht es deswegen bei der jetzigen Reform, um den grundsätzlichen personellen,
19 organisatorischen und politischen Erhalt der beiden SPD-Bezirke in Hessen-Nord und Süd und
20 um den Erhalt der Arbeitsgemeinschaften (z.B. Jusos, ASF, AfA, AGS, AG 60 Plus, ASJ, AfB,
21 etc.) auf Bezirksebene.

22 Deswegen fordern wir den SPD-Bezirksvorstand auf, sich für folgende Punkte energisch
23 einzusetzen:

- 24
- 25 1. Wir fordern den politischen, administrativ-personellen und organisatorischen Erhalt der
26 beiden SPD-Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd.
27 Die SPD-Bezirke sollen auch weiterhin für den Einzug der Beiträge, die
28 Mitgliederadressverwaltung und die politische Bildungsarbeit zuständig sein. Es wird
29 kein Outsourcing von Arbeiten geben. Die SPD wird keine Arbeiten, Aufgaben und
30 Dienstleistungen an Dritte außerhalb des SPD-Landesverbandes und der SPD-Bezirke
31 vergeben.
 - 32
33 2. Die SPD verhält sich als Arbeitgeberin solidarisch und sozial zu ihren eigenen
34 Beschäftigten und lässt sie auch in finanziell und politisch schwierigen Zeiten nicht im
35 Stich. Deswegen werden der SPD-Landesverband und die beiden SPD-Bezirke Hessen-
36 Nord und Hessen-Süd betriebsbedingte Kündigungen von Mitarbeiter*innen
37 ausschließen.
 - 38
39 3. Wir fordern den politischen, organisatorischen und personell-administrativen Erhalt der
40 Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd der Arbeitsgemeinschaften in der SPD.
- 41

- 42 4. Wir fordern den Erhalt der SPD-Bezirksgeschäftsstellen Hessen-Nord und Hessen-Süd.
43
44
45 5. Wir fordern den Erhalt der beiden Juso-Büros Hessen-Nord und Hessen-Süd mit dem
46 bisherigen Personal. Diese werden auch weiterhin u.a. für die politische Bildungsarbeit
47 und die Gremienbetreuung der Jusos vor Ort zuständig sein.
48
49 6. Wir fordern regelmäßige politische und administrative Fortbildungen und
50 Weiterbildungen für das SPD-Personal, um jede*n Mitarbeiter*in politisch sprachfähig zu
51 machen und dem Personal berufliche Aufstiegsperspektiven innerhalb der SPD zu
52 geben. Denn gerade in schwierigen Zeiten ist eine positive Stimmung und Motivation
53 unter den Mitarbeitenden unabdingbar.
54
55 7. Wir bemühen uns, um eine effektive und konsequente Förderung von jungen Menschen
56 in der SPD. Deswegen werden wir unsere Bildungsarbeit für Ehrenamtliche und
57 Hauptamtliche intensivieren.
58
59 8. Wir fordern, die Kommunikationswege zu den Mitgliedern zu überprüfen und zu
60 verbessern.
61
62 9. Neben den grundsätzlichen organisatorischen Fragen, treten wir weiterhin für den Erhalt
63 des Hessenschrittes bei der Aufstellung der Landeslisten zur Landtags- und
64 Bundestagswahl ein.
65 Die beiden SPD-Bezirke sollen sich dabei möglichst um einheitliche Kriterien der
66 Listenaufstellung bemühen und dabei auch, wie bereits im Bezirk Hessen-Nord üblich,
67 möglichst alle Unterbezirke mit wenigstens einer Person auf einem sicheren Listenplatz
68 absichern.
69
70 10. Außerdem erneuern wir unsere Forderung grundsätzlich einen sicheren
71 Landeslistenplatz auf der Landtagsliste für eine*n Juso-Vertreter*in zu reservieren.
72
73

74 **Begründung:**

75 „Politik ist Organisation“ (Max Weber)
76

77 Trotz notwendiger Sparmaßnahmen darf die hessische SPD nicht ihre gewachsene Struktur
78 und ihre Nähe zur Bevölkerung verlieren. Wir betrachten die SPD- und die Bezirke der
79 Arbeitsgemeinschaften als unverzichtbar für die regionale politische Identität in Hessen. Gerade
80 im Zeitalter der Globalisierung werden regionale Verwurzelungen immer wichtiger. Wir sehen
81 unsere Bezirke als Stärke und nicht als Schwäche an. Sie waren und sind Garanten einer
82 bürger*innennahen Politik der SPD in den Regionen und zeigen selbst in der schmerzlichsten
83 Niederlage der SPD in Hessen, dass ihre Rolle, als Interessenvertreter der jeweiligen Region,
84 die SPD vor einem noch weitergehenden, tieferen Fall bewahrt hat. Deswegen sollten wir aus
85 der Wahlniederlage keine falschen Schlüsse ziehen und etwa unsere Bezirke in Frage stellen.
86 Nordhessen, Süd- und Mittelhessen sind durchaus regional unterschiedlich geprägt und
87 bedürfen einer unterschiedlichen politischen Ansprache. Eine Zentralisierung auf der
88 Landesebene wäre dabei kontraproduktiv. Sie würde nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer
89 Schwächung der SPD führen und auch noch die letzten Hochburgen schleifen.
90 Eine Schwächung der Parteistrukturen in den Bezirken wird auf lange Sicht nicht zu besseren
91 Ergebnissen bei Wahlen führen. Hessen als großes Flächenbundesland benötigt die
92 administrative Expertise im Norden, wie auch im Süden, um auch langfristig politik- und
93 kampagnenfähig zu bleiben.
94 Dabei machen wir deutlich, dass die Geld- und Personalfrage natürlich auch eine Machtfrage
95 ist, ist Politik doch Organisation, wie Max Weber sagt, und für die Organisation sind zur
96 Unterstützung der ehrenamtlichen Funktionsträger*innen in den Bezirken fundamental
97 hauptamtliche Mitarbeiter*innen notwendig. Deswegen wären rein politische Bezirke ohne

98 Personal und der Verfügungsgewalt über Geld (Beitragseinnahmen) leere Hüllen ohne
99 politische Durchsetzungsmacht. Das gilt sowohl für die SPD-Strukturen, wie die Strukturen der
100 Arbeitsgemeinschaften und der Jusos.
101 Wir fordern daher den Erhalt unserer bewährten föderalen und regionalen Strukturen und
102 wollen die SPD-Bezirke und Juso-Bezirke sowie die anderen Bezirksarbeitsgemeinschaften
103 politisch, administrativ-personell und organisatorisch erhalten.
104 Einzelne Unterbezirke haben alleine längst nicht die politische und organisatorische Schlagkraft
105 eines Bezirks. Sie alleine würden die notwendige demokratische Kontrolle der Landesebene
106 nicht ausüben können. Um Interessen der jeweiligen Regionen zu berücksichtigen und die
107 Landespolitik zu erten, sind daher funktionierende SPD-Bezirke und ihre
108 Arbeitsgemeinschaften unabdingbar.
109 Politische Jugend- und Bildungsarbeit wird seit Jahrzehnten erfolgreich in den beiden Juso-
110 Bezirken Hessen-Süd und Hessen-Nord betrieben. Die Bezirke sind dabei nah an den
111 Unterbezirken und bieten Bildungsprogramme und Seminare für Jusos in der jeweiligen Region
112 in erreichbarer Nähe an. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt und die
113 unterschiedlichen Bedürfnisse und Strukturen des ländlichen Raums und der Ballungszentren
114 berücksichtigt werden. Dazu sind die beiden Juso-Bezirke unverzichtbar.

115

116

117

118

119 **Begründung:**

120

121

122

123 angenommen

124 abgelehnt

125 überwiesen an

126

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: G 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundeskongress

Betr.: Antifeminismus bekämpfen, Patriarchat zerschlagen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wer sich öffentlich feministisch engagiert, gerade als Frau*, erlebt über kurz oder lang
4 Beschimpfung und Bedrohung. In den Kommentarspalten sozialer Medien, in Drohbriefen, in
5 hetzerischen Reden auf Demonstrationen bis hin zum Bundestag sollen Feminist*innen nicht
6 kritisiert, sondern schlichtweg zum Schweigen gebracht werden. In den Reaktionen auf die
7 Debatte zum §219a StGB ebenso wie bei der „Demo für alle“ vernetzen sich antifeministische
8 AkteurInnen verschiedener Couleur und greifen offen Feminist*innen an. Mit der AfD ist 2017
9 erstmals eine offen antifeministische Partei in den deutschen Bundestag eingezogen.
10 Doch was von vielen schon beinahe beiläufig erwähnt oder als vermeintlich logische Konsequenz
11 dargestellt wird, ist Ausdruck eines Diskurses, in dem sich nicht erst seit gestern etwas
12 verschoben hat. Bereits 1902 schreibt die Feministin Hedwig Dohm über Antifeminismus, seine
13 Strategien und die Ähnlichkeiten sowie Unterschiede zum Antisemitismus. Seit Anfang des 20.
14 Jahrhunderts haben sich feministische Kämpfe verändert, antifeministische Agitationen haben
15 sich durchgehend gehalten, jedoch in unterschiedlichen Ausprägungen und mit verschobenen
16 Schwerpunkten.
17 Wo Frauen* sich öffentlich gegen patriarchale Verhältnisse engagieren und engagiert haben, da
18 kamen stets misogynen Anfeindungen, die jedoch gerne als Kritik und Auseinandersetzung mit
19 inhaltlichen Positionen getarnt und dargestellt werden. Antifeminismus ist so alt wie Feminismus
20 selbst und kann doch nicht als dessen einfacher Gegenpart beschrieben werden.

21
22 **Alte Muster – neue Feindbilder: Antifeminismus als Netzwerkprojekt**

23
24 Charakteristisch für Antifeminismus ist seine organisierte Form und die Art, wie Feminismus aus
25 der Perspektive von AntifeministInnen dargestellt wird. „Der Feminismus“ wird dabei als Theorie
26 und Weltanschauung, die omnipotent wirkt, zum Feindbild stilisiert. Antifeminismus positioniert
27 sich dabei explizit gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher sowie familialer
28 Lebensformen und stellt ihnen eine heteronormative Position entgegen, die sich mit aller Kraft
29 gegen die Anerkennung der Vielfalt von Lebensformen wendet. Daran anschließend richtet sich
30 Antifeminismus gegen organisierte Bewegungen von Frauen* für die Gleichstellung der
31 Geschlechter.
32 Antifeminismus kann dabei nicht als geschlossene Ideologie abgetan werden. Ganz im
33 Gegenteil: mit seiner Anschlussfähigkeit für rechtsradikale bis hin zu konservativen AkteurInnen
34 bildet er ein ideologisches Versatzstück, das in immer breiteren Teilen der Gesellschaft Raum
35 (ein)nimmt sowie einer gesamtgesellschaftlichen patriarchalen Struktur immanent ist.
36 Eine Verschiebung hat es in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere in der selbst erklärten
37 Gegnerschaft zu als feministisch identifizierten Konzepten gegeben: von einem als
38 männerzentrierten beschriebenen Antifeminismus hin zu einem als familienzentrierten
39 Antigenderismus. Während noch vor wenigen Jahren „der Mann“ als diskursives Zentrum
40 antifeministische Äußerungen zu Männerdiskriminierung, Männerfeindschaft und Legitimation
41 männlicher Herrschaft bestimmte, ist es heute die heteronormative Kleinfamilie als
42 naturgemäße VaterMutterKinder-Einheit, die Antifeminismus als bedroht und zu verteidigen
43 ansieht. Die Familie steht dabei vor allem für Heterosexualität und Geschlechterbinarität. Dieses

44 exklusive Verständnis von Familie wird im zeitgenössischen Antifeminismus zum zentralen
45 Anknüpfungspunkt für rassistische, nationalistische, sexistische und homophobe Positionen und
46 macht ihn so attraktiv für verschiedenste Gruppierungen.

47
48 Charakteristisch für aktuelle antifeministische AkteurInnen ist der Kampf gegen staatliche
49 Regelungen zur Gleichstellung, Liberalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen,
50 geschlechtersensibler Pädagogik und Sexualerziehung. Während Antifeminismus nicht als
51 einheitliche Bewegung kategorisiert werden kann, lassen sich doch personelle und inhaltliche
52 Schnittmengen zwischen einzelnen Gruppierungen ausmachen. Bei näherer Betrachtung ergibt
53 sich ein breites Netzwerk, das über deutsche Grenzen weit hinausgeht. In der
54 Antifeminismusforschung werden dabei fünf Akteursgruppen benannt, die antifeministisch
55 diskursprägend sind: eine journalistische Gender-Gegnerschaft, sogenannte
56 Wissenschaftlichkeitswächter, christlicher Fundamentalismus, explizit antifeministische
57 AkteurInnen und rechte Organisationen. Nicht immer sind diese Gruppierungen eindeutig
58 voneinander abgrenzbar und Einzelpersonen können durchaus mehreren Gruppierungen
59 zugerechnet werden. Darüber hinaus finden sich AntifeministInnen häufig in übergreifenden
60 Bündnissen wie beispielsweise der *Demo für Alle* zusammen. Die breiten antifeministischen
61 Verstrickungen in Deutschland, Europa und der Welt haben das gemeinsame Ziel die Uhren
62 zurückzudrehen, Frauen* in ihren Selbstbestimmungsrechten zu beschneiden und allen
63 Menschen das freie Leben ihres Geschlechts, ihrer Sexualität sowie ihrer Beziehungen
64 unmöglich zu machen.

65 66 **Unser Kampf bleibt feministisch – Antifeminismus bekämpfen!**

67
68 Als feministischer und antifaschistischer Verband stellen wir uns jeder Form von Antifeminismus
69 entgegen. Wir wollen die Brücken zerschlagen, die er zwischen der Neuen Rechten und der
70 bürgerlichen Gesellschaft schlägt.

71
72 Unsere Strategien umfassen zuerst breite Aufklärung und Information. Unsere feministischen
73 Positionen wollen wir verständlich und differenziert darstellen. Begriffe wie „Feminismus“ und
74 „Gender“ müssen durch Feminist*innen inhaltlich gefüllt und gegen antifeministische
75 Vereinnahmung verteidigt werden. Wir setzen darauf, dass wir dabei an die persönlichen
76 Erfahrungen von Menschen anknüpfen können. Die Arbeit an feministischer Theorie ist dabei
77 genauso unerlässlich wie ihre Anwendung in der Praxis.
78 Genauso gehört dazu die Beschäftigung mit antifeministischen Positionen und Strategien. Nur
79 indem wir uns darüber informieren, können wir von einer Analyse ausgehend Gegenstrategien
80 entwerfen.

81
82 Wenn wir Antifeminismus wirksam bekämpfen wollen, müssen wir bei uns selbst anfangen.
83 Antifeministische Argumente haben viele Diskurse geprägt und sind nicht immer auf den ersten
84 Blick als solche erkennbar. Auch bei den Jusos und in der SPD wollen wir konsequent gegen
85 antifeministische Argumentationen eintreten, die teilweise immer wieder in Diskussionen zu
86 gleichstellungspolitischen Themen geäußert werden. Dabei geht es uns darum, die inhärenten
87 Konsequenzen solcher Argumentationen offenzulegen sowie ihnen unsere Version einer
88 Gesellschaft der Freien und Gleichen entgegenzustellen.

89
90 Frauen*vernetzung und Empowerment sind unsere Antwort auf antifeministische Männerbünde
91 und Netzwerke. Wir wollen unsere Arbeit in diesem Bereich fortführen und ausbauen, um
92 Frauen* in unserem Verband mit dem richtigen Handwerkszeug sowie einem starken
93 feministischen Netzwerk den Rücken zu stärken.

94 95 **Support your online Grrrl-Gang**

96
97 Wir überlassen das Internet nicht den antifeministischen Trolls und Hatern. Gemeinsam
98 trainieren wir den rhetorischen Umgang mit Hate Speech und zeigen uns auch online
99 solidarisch mit den Betroffenen. Wir nehmen die Androhungen von (sexualisierter) Gewalt ernst,

100 informieren uns über die rechtlichen Rahmenbedingungen, bringen sie mit der Zustimmung von
101 Betroffenen zur Anzeige und treten ihnen konsequent entgegen.

102

103 **Support your internationalist Grrrl-Gang**

104

105 Auch offline überlassen wir den Diskurs nicht den AntifeministInnen. Wir streiten für progressive
106 Geschlechterpolitiken und eine feministische Gesellschaft. Wir wissen uns in diesem Kampf
107 nicht allein und vernetzen uns mit Feminist*innen überall, schließen uns in Bündnissen
108 zusammen, beteiligen uns an Gegenprotesten zu antifeministischen Aktionen und zeigen selbst
109 Initiative gegen Antifeminismus.

110

111 Kein Platz für Antifeminismus – let's smash patriarchy together!

112

113

114 **Begründung:**

115 Erfolgt mündlich!

116

117

118

119 angenommen

120 abgelehnt

121 überwiesen an

122

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: O 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Rotationsprinzip bei Delegiertenaufstellungen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern ein Rotationsprinzip bei der Aufstellung der Delegierten zu Landesparteitagen,
4 Bundesparteitagen und Parteikonventen.
5 Das bedeutet im Einzelnen, dass diejenigen Genoss*innen, die bereits zwei Wahlperioden
6 hintereinander gewählt wurden, für die nächsten zwei Wahlen aussetzen müssen.
7 Außerdem fordern wir zusätzlich eine Quotenregelung, die besagt, dass nur bis zu 50% der
8 Delegierten Landtags, Bundestags- und Europaabgeordnete sein dürfen.

9

10 **Begründung:**

11

12 Ein Rotationsprinzip führt dazu, das mehr Leute die Chance bekommen an Bundesparteitagen
13 als Delegierte teilnehmen zu können.
14 Eine Erneuerung sollte zwar in erster Linie inhaltlicher Natur sein, sollte aber auch beim Personal
15 ansetzen.

16

17 angenommen

18 abgelehnt

19 überwiesen an

20

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: D 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Werbethemen von Facebook demokratisieren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die SPD-Fraktion und die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament auf, Facebook
4 aufzufordern, Werbung zu verbieten, die auf undemokratischen Eingruppierungen basiert.
5 Über ihr Surfverhalten werden den Benutzer*innen in für sie „relevante“ Interessensgruppen von
6 Facebook einsortiert, sodass Anzeigen spezifischer geschaltet werden können. Diese
7 Werbethemen, wie zum Beispiel „Faschismus“ entsprechen nicht den freiheitlichen,
8 demokratischen Werten der UN-Menschenrechtscharta oder dem Grundgesetz der BRD. Eine
9 Eingruppierung der Nutzer*innen dieser Art führt dazu, dass sie sich immer weiter in ihrer
10 Filterblase verlieren und keine alternativen Anzeigen zusehen bekommen. Wir müssen
11 verhindern, dass Menschen bereits in der „Social-Media-Welt“ den Boden der Demokratie
12 verlassen.

13
14 **Begründung:**

15
16 Facebook sammelt über die eigene Seite und über andere Tools und Apps Informationen über
17 seine Nutzer*innen und erstellt so passende Werbeinteressen dieser. So kann für jede*n
18 Nutzer*in spezifisch Werbung geschaltet werden, wenn sie oder er sich bei Facebook oder
19 allgemein im Internet bewegt. Diese Werbethemen variieren von Musikbands, Städten bis zu
20 politischen Interessen oder allgemeinen Weltanschauungen.
21 So ist es auch möglich zum Beispiel „Faschismus“ oder „Rechtsextremismus“ als Interesse
22 zugeschrieben zu bekommen. So wird im Laufe der Zeit ein Interessensprofil der*des Nutzer*in
23 erstellt und spezifische Anzeigen zu diesen Themen auf der Timeline oder auf mit Facebook
24 verlinkten Seiten im Internet angezeigt. Entsprechende Anzeigen können auch klar
25 verfassungswidrigen Inhalts sein und gehören allein deshalb schon von Facebook gelöscht und
26 verboten.
27 Es besteht zudem die Gefahr, dass der/die Nutzer*in durch sein*e Werbeinteressen immer
28 weiter in eine zum Beispiel rechts Filterblase gedrängt wird und so auch keine gesicherten
29 Informationen mehr in seiner Sozial Media Blase angezeigt bekommt. Umso wichtiger ist bereits
30 am Anfang einzugreifen und es Facebook klar zu verbieten Werbethemen über ihre
31 Benutzer*innen zu speichern, die nicht mit der UN-Menschenrechtscharta, EU-Recht oder dem
32 Grundgesetz der BRD vereinbar sind.

- 33 angenommen
34 abgelehnt
35 überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: D 3

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Für einen freien Internetzugang und Meinungsfreiheit im Netz

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern, dass die SPD und ihre Abgeordneten auf allen Ebenen, wie im aktuellen
4 Koalitionsvertrages festgelegt, Upload-Filter bei Urheberrechtsverletzungen grundsätzlich
5 ablehnen.

6 Dies bedeutet in der Konsequenz, dass Pläne, die zur Einführung eines Upload-Filters führen
7 würden, ebenfalls kategorisch abgelehnt werden.

8 Wir fordern, die geplante EU-Copyright-Reform (COD) und insbesondere Artikel 11 in der jetzigen
9 Form sowie Artikel 13 kritisch zu betrachten und abzulehnen, solange entscheidende Fragen
10 nicht geklärt sind.

11 Falls die geplante EU-Copyright-Reform (COD) beschlossen werden sollte, muss auf allen
12 Ebenen gerichtlich dagegen vorgegangen werden.

13
14 **Begründung:**

15
16 Wir setzen uns für einen freien Zugang zum Internet und für Meinungsfreiheit im Netz ein.

17 Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns klar und deutlich gegen automatisierte Zensur und
18 gegen Zensur durch Privatunternehmen aus. Die Entscheidung, ob ein Inhalt gegen geltendes
19 Recht verstößt und gelöscht werden muss, oder gar nicht erst zugelassen wird, dürfen wir nicht
20 Algorithmen überlassen.

21 Artikel 13 der COD in der aktuellen Form würde in der Umsetzung Plattformen dazu zwingen,
22 Upload-Filter einzusetzen, die Inhalte auf Urheberrechtsverletzungen scannen und noch vor dem
23 Hochladen blockieren. Wenngleich das Ziel des Urheberschutzes lobenswert ist, ist die Technik,
24 die für die Umsetzung notwendig wäre, fehleranfällig und intransparent.

25 In Artikel 11 soll ein Leistungsschutzrecht auf europäischer Ebene geschaffen werden, bei
26 welchem elementare Fragen aber nach wie vor offen sind. Im aktuellen Kompromissvorschlag ist
27 von "insubstantial parts ("snippets") of press publications" zu lesen, die aber nicht weiter erklärt
28 werden. Hierbei ist also beispielsweise offen, ob es sich um quantitative oder inhaltliche Kriterien
29 handeln soll. Solche Punkte dürfen in einem europaweiten Leistungsschutzrecht nicht
30 offenbleiben, weshalb wir den Kompromissvorschlag in der aktuellen Form ablehnen. Wenngleich
31 aktuell der EU-Ministerrat die EU-Urheberrechtsreform geblockt hat, ist es wichtig, hier weiterhin
32 aufmerksam zu bleiben.

- 33
34 angenommen
35 abgelehnt
36 überwiesen an

37

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus

Antrag: Int 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Konsequente Unterbindung von Rüstungsexporten an unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligte Staaten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die Ausweitung und die konsequente Einhaltung des im Koalitionsvertrags
4 vereinbarten Stopps von Rüstungsexporten an die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligten
5 Staaten. Der Stopp dieser Rüstungsexporte muss konsequent und ohne Ausnahmen erfolgen.
6 Gleichmaßen müssen die entsprechenden Unternehmen dazu verpflichtet werden, dass Sie
7 nur mit Staaten verhandeln, bei denen eine künftige Beteiligung am Jemen-Krieg
8 ausgeschlossen werden kann.

9 Der Stopp von Rüstungsexporten an Saudi-Arabien soll aufrechterhalten werden bis
10 nachhaltige Verbesserungen für die jemenitische Zivilbevölkerung vorgewiesen werden können.
11 Grundsätzlich fordern wir die Reduzierung von Rüstungsexporten aus Deutschland. Des
12 Weiteren fordern wir die S&D-Fraktion im europäischen Parlament dazu auf, sich in der
13 Europäischen Union dafür stark zu machen, Rüstungsexporte aus europäischen Ländern zu
14 reduzieren. Denn wir fordern ein Ende des Tötens mit deutschen und europäischen Waffen!
15

16 **Begründung:**

17
18 Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition besagt unter der Überschrift „Für eine restriktive
19 Rüstungspolitik“ (S. 149, Z. 7033 ff.), dass fortan keine Ausfuhren von Rüstungsgütern an
20 Ländern erfolgen wird, wenn diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Im September
21 2018 wurden vom Bundessicherheitsrat jedoch millionenschwere Waffenlieferungen an gleich
22 mehrere am Jemen-Krieg beteiligte Länder genehmigt. Laut Spiegel (u.a. SPIEGEL ONLINE -
23 19.09.2018) begründete die Bundesregierung die Genehmigung von Waffenlieferungen im
24 September 2018 damit, dass Deutschland Schlüsselkomponenten für bestimmte
25 Waffensysteme liefere. Ohne diese Lieferungen wären die entsprechenden Systeme nicht mehr
26 einsetzbar und auf deutsche Rüstungsunternehmen kämen folglich hohe Strafzahlungen, die
27 letztlich von der Bundesregierung zu tragen wären.

28 Diesbezüglich wurden ausschließlich wirtschaftliche Argumente (Schadensersatzzahlungen,
29 Arbeitsplätze) aufgeführt, wenn es um die tatsächlich restriktive Handhabe von deutschen
30 Rüstungsexporten geht. Eine sozialdemokratische Friedenspolitik ist im Allgemeinen
31 unvereinbar mit dem weiteren Export von deutschen Rüstungsgütern in alle vergleichbaren
32 Krisengebiete, wie dem Jemen und alle unmittelbar beteiligten Staaten. Inwiefern deutsche
33 wirtschaftliche Interessen das Wohl von mehreren Millionen Menschen überwiegen sollen, lässt
34 die Bundesregierung offen. Geld stellt kein Argument für weitere Waffenlieferungen an am
35 Jemen-Krieg unmittelbar beteiligte Staaten und somit für die weitere Eskalation der dortigen
36 kriegerischen Handlungen dar.

37 Neben der Einigung auf eine „restriktive“ Rüstungspolitik wurde außerdem die Bekämpfung von
38 Fluchtursachen im Koalitionsvertrag (S. 103, Z. 4814 ff.) vereinbart. Krieg ist weltweit die
39 Fluchtursache Nr. 1 und durch die weitere Einfuhr bzw. Ausfuhr von Rüstungsgütern werden
40 Kriege und Konflikte lediglich angeheizt und zwar insbesondere auf Kosten der
41 Zivilbevölkerung.

42 Insofern stellt der im September 2018 genehmigte Export von Waffengütern in Länder, die am
43 Jemen-Krieg unmittelbar beteiligt sind einen doppelten inhaltlichen Bruch des
44 Koalitionsvertrages dar.

45 Durch den momentanen Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien kommt es dazu, dass
46 Rüstungsunternehmen alternative Abnehmer für die jeweiligen Rüstungsgüter suchen. Ein
47 solcher alternativer Abnehmer ist vor kurzem (Januar 19; hierzu) Ägypten, selbst am Jemen-
48 Krieg beteiligt, geworden. Hierdurch wird deutlich, dass lediglich der Stopp von
49 Rüstungsexporten an Saudi-Arabien noch lange keine deeskalierende Wirkung auf die Situation
50 im Jemen haben kann. Sämtliche unmittelbar beteiligte Staaten sind von deutschen
51 Rüstungsexporten auszuschließen.

52 Folglich ist es zwingend erforderlich, dass ein lückenloser Exportstopp von deutschen
53 Rüstungsgütern verabschiedet wird.

54

55

56

57 angenommen

58 abgelehnt

59 überwiesen an

60

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2019 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: I 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Zivilgesellschaftliches Engagement von gemeinnützigen Vereinen stärken

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die SPD auf, eine klare Haltung in der aktuellen Debatte um den Entzug der
4 Gemeinnützigkeit von NGOs zu beziehen. Wenn es, wie geschehen, rechtlich möglich ist
5 Vereinen ihre Gemeinnützigkeit abzusprechen, muss die SPD eine Erweiterung der Zwecke in
6 Paragraph 52 der Abgabenordnung fordern.

7 Aktuell finden wir einen Missstand zwischen wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen
8 Lobbyverbänden und somit ein Meinungsungleichgewicht auf Seiten der wirtschaftlichen
9 Interessen vor. Dieser Missstand drückt sich nicht nur in der reinen Anzahl der Verbände aus,
10 sondern besonderes die finanzielle Ausstattung der wirtschaftlichen Verbände bewegt sich in
11 anderen Dimensionen. Zivilgesellschaftliche Verbände sind im hohen Maße auf Spenden
12 angewiesen, die von den Spendenden nur steuerlich absetzbar sind, wenn der Verein
13 Gemeinnützlichkeitsstatus hat. Anderes ist es bei Unternehmen, die nicht auf Gemeinnützigkeit
14 angewiesen sind und alle diese Kosten trotzdem als Werbungskosten absetzen können.

15 Es ist essentiell für den politischen und gesellschaftlichen Diskurs, dass sich dieses
16 Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlichen Interessen und zivilgesellschaftlichen Engagement
17 nicht noch weiter verschiebt und langfristig wieder eine Balance in Vertretung erreicht werden
18 soll. Lobbyismus ist für den politischen Meinungsbildungsprozess essentiell wichtig und darf nicht
19 ausschließlich von finanziellen Ressourcen abhängig gemacht werden.

20 Wir fordern die SPD weiter auf, sich mit dieser Problematik zu beschäftigen und hier über
21 Paragraph 52 hinaus weitere Lösungen zu entwickeln, die zu einer ausgewogeneren Lobbyarbeit
22 führen.

23
24 **Begründung:**

25
26 Zivilgesellschaftliche Vereine gelten in Deutschland als gemeinnützig, wenn sie politische Zwecke
27 verfolgen, die allgemein als Gemeinnützig anerkannt sind. Diese Zwecke sind abschließend in
28 Paragraph 52 der Abgabenordnung festgehalten. Der Bundesfinanzhof hat in den letzten Wochen
29 den Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac rechtlich bestätigt. Dieses Urteil schließt sich an einen
30 allgemeinen Trend an, der von konservativ/neoliberalen politischen Kräfte in Deutschland
31 vorangetrieben wird. So hat die FDP beantragt PETA Gemeinnützigkeit zu entziehen und die
32 CDU hat einen Parteitagentschluss der dies bei der Deutschen Umwelthilfe fordert.

33 Dies sind nicht nur Angriffe auf einzelne kontroverse Vereine, sondern es sind Angriffe auf
34 zivilbürgerliches Engagement und gelebte Demokratie. Sie vertreten zivilgesellschaftliche
35 Interessen und sind essentiell für deren Lobbyarbeit. Im Gegensatz zu Unternehmen sind diese
36 jedoch meist chronisch unterfinanziert und auf Spenden im hohen Maße angewiesen. Nur wenn
37 der Verein Gemeinnützigkeitsstatus hat kann der oder die Spender*in dies von der Steuer
38 absetzen.

39 Absurd wird es, wenn man sich die Liste der gemeinnützigen Unternehmen anguckt. Hierdrauf
40 stehen zum Beispiel auch der CDU Wirtschaftsrat, die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik
41 und die Stiftung der Familienunternehmen. Das ist im Hinblick auf das Attac-Urteil und den
42 weiteren Bestrebungen der konservativen Kräfte in diesem Land einfach zynisch.

43 Eine, in unserem Sinne, Umgestaltung des Gemeinnützigkeitsrechts, muss zu einem
44 ausgewogenen zivilgesellschaftlichen Engagement in allen Politikfeldern führen und somit auf
45 Chancengleichheit in der politischen und gesellschaftlichen Meinungsbildung hinwirken.

46

47

48

49 angenommen

50 abgelehnt

51 überwiesen an

52